

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 348 · 30. JAHRGANG · AUSGABE 9/2024 VOM 19. SEPTEMBER 2024 · 1 EURO

3 | Die meisten wollen Frieden
aber keiner geht hin
Weltfriedenstag in Eberswalde

7 | Eine Augen-OP
für Raúl
Privates Hilfsprojekt für Kuba

11 | Gefahr durch
Windkraftanlagen
Einwände gegen FNP Lichterfelde

Feierliche Weihe in Bernau zwanzig Jahre nach Baumpflanzung:

Enkellinde gegen Dummheit, Resignation und Krieg

Am Antikriegstag, also dem 1. September, enthüllte der PANKEPARK KULTURKONVENT BERNAU e.V. in Bernau eine beeindruckende Erinnerungsplakette zum Jubiläum der Anpflanzung an der vor zwanzig Jahren gepflanzten »Enkellinde«. Das blinkende Banner aus Messing ist um den Stamm herum befestigt, so als sollte dieser Stamm vor einem Unbill geschützt werden. Möglicherweise ist es auch postum ein Symbol der Mahnung für die einstige Kriegsverwendung des umliegenden Geländes. Vielleicht aber auch führt der Gedanke eher in die Zukunft.

Der Schriftzug »Gegen Dummheit, Resignation und Krieg pflanzte Prof. Carl-Jürgen Kaltenborn mit Pankepark Kulturkonvent e.V. die Enkellinde den spielend lernenden Kindeskindern« ist für Jedermann lesbar. Um dieser Frage das nötige Profil zu verleihen, erschien der Initiator der Enkellinde selbst mit seiner Familie zur Veranstaltung.

Vereinsvorsitzender Michael Junghans gab einen historischen Abriss zum Gelände, beginnend 1939 mit dem Aufbau eines Ausrüstungskomplexes für das deutsche Militär, wozu auch der Bereich an der Schwanebecker Chaussee gehörte, dort auch nah am Neubau der Reichsautobahn nach Stettin, sowie hier nun endend mit dem forcierten Umbau zu Wohnungen. Ein Gast berichtete spontan über die Rolle Konrad Wolfs im Ort unmittelbar am Kriegsende. Er war als erster deutscher Stadtkommandant diesseits der Oder von der Sowjetarmee eingesetzt und hatte dafür Sorge zu tragen, daß trotz kurzzeitiger Besatzung mit dem Kriegsende tatsächlich Frieden im Ort einkehrt. Aufgrund der Übernahme durch die Sowjetarmee 1945 ergab sich eine ähnliche Weiternutzung des Objekts, bei der selbst Bernauer in DDR-Zeiten als Dienstleister im Objekt angestellt waren.

Anschließend lud Michael Junghans zwei Enkel des Ehrengasts ein, den sorgfältig verdeckten Glanz der Inschrift eigenhändig sichtbar zu machen. Nachdem das Spruchband lesbar wurde, erörterte der Initiator des Vereins, Prof. Kaltenborn, reich an Jahren, aber immer noch voller Agilität, die Bewandnis des von ihm verwendeten Spruchs über die Dummheit. Dieser stammt aus einer Arbeit Dietrich Bonhoeffers aus dem Jahr 1943, veröffentlicht 1951:

»Dummheit ist ein gefährlicherer Feind des Guten als Bosheit. Gegen das Böse läßt sich protestieren, es läßt sich bloßstellen, es läßt sich notfalls mit Gewalt verhindern, das Böse trägt immer den Keim der Selbstzersetzung in sich, indem es mindestens ein Unbehagen im Menschen zurückläßt. Gegen die Dummheit sind wir wehrlos. Weder mit Protesten noch durch Gewalt läßt sich hier etwas ausrichten; Gründe verfangen nicht; Tatsachen, die dem eigenen Vorurteil widersprechen, brauchen einfach nicht geglaubt zu werden - in solchen Fällen wird der Dumme sogar kritisch - und wenn sie unausweichlich sind, können sie einfach als nichtssagende Einzelfälle beiseitegeschoben werden. Dabei ist der Dumme im Unterschied zum Bösen restlos mit sich selbst zufrieden;

ja, er wird sogar gefährlich, indem er leicht gereizt zum Angriff übergeht. Daher ist dem Dummen gegenüber mehr Vorsicht geboten als gegenüber dem Bösen.«

Diese Betrachtung Dietrich Bonhoeffers stellte Professor Kaltenborn in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Kontext, ohne die allen Ortes grassierende Kriegstreiberei auch nur mit einem Wort zu benennen. Er deklarierte die Dummheit grundsätzlich als eine ganzheitliche persönliche Empfindung von Ohnmacht.

Dagegen steht sein Anliegen, daß die hier gewidmete Enkellinde an historischer Stätte auch dann noch ihre Existenz erhalten hat, wenn die Enkel von heute dies nicht mehr erleben können. Dafür erhielt Carl-Jürgen Kaltenborn den Beifall aller Anwesenden und Frau Dr. Simon überreichte vertretend der Ehefrau des Professors ein Gebinde aus strahlenden Sonnenblumen. Nach diesem wohlwollenden Dank an die Familie für die vielfache Unterstützung seiner Idee in den letzten Jahren rezitierte Michael Junghans die alte Fabel vom Fuchs und dem Igel. Das machte viel Sinn, schließlich wissen wir alle nicht, wie dumm es uns noch kommen kann.

THOMAS TOBLER



Voller Stolz referiert Prof. Dr. CARL-JÜRGEN KALTENBORN im Kreise seiner Familie vor der geweihten Enkellinde, die er vor zwanzig Jahren gepflanzt hat.

FOTO: DIETER KÖRZAK

Sozialpolitik á la Ampel

Dwight D. Eisenhower, Oberbefehlshaber der alliierten Invasionstruppen gegen Hitler-Deutschland 1944-45 und US-Präsident von 1953-1961, hinterließ uns in seiner Abschiedsrede am 17. Januar 1961 ein wichtiges Vermächtnis, für einen US-Präsidenten sehr bemerkenswert und unübertroffen: Die Warnung vor der Macht, dem Einfluß und den Auswüchsen des militärisch-industriellen Komplexes in den USA. Er wußte, wovon er sprach!

Kennzeichen, wie der militärisch-industrielle Komplex in der BRD funktioniert, sind:

- Finanzierung von Rüstungsvorhaben und Verschleierung von Waffenexporten und Militärsubventionen (wie die Insolvenzstützungen für die Meyer-Werft) über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (wie sinnreich).
- Bundesbeteiligungen an neuen Hochrüstungsbetrieben über die KfW-Bank ohne Ausweis im Staatshaushalt (wie schon bei Hensoldt oder U-Boot-Bau)
- Finanzierungen als »Vorhaben von überragendem öffentlichen Interesse«
- Verbindung von Staat und Militär (hohe Offiziere a.D. im Bundestag und als Hochschullehrer, personelle Fluktuation zwischen Ministerien und Rüstungsunternehmen.)

Kriegstüchtigkeit mit Wehrmacht begriffen: Kriegshelden der Wehrmacht (Jagdflyger, U-Boot-Kapitäne und Panzerkommandanten) sollen als Vorbilder in der Bundeswehr dienen, auch, wenn die entsprechende Richtlinie nach Protesten inzwischen etwas relativiert wurde.

Franz-Josef Strauß forderte 1949, daß, wenn noch jemals ein Deutscher eine »Waffe in die Hand nimmt, solle ihm die Hand abfaulen«. Die SPD plakatierte schon 1949 zur Bundestagswahl »Adenauer verkauft uns an die USA«

Was verkauft die Ampel an wen?

Am 12.08.2024 beschloß das SPD-Präsidium, bestehend aus 5 Personen (!), der Stationierung von amerikanischen Langstreckenraketen gegen Rußland zuzustimmen!

Die Kriegsampele steht im Wettbewerb mit Polen zur Errichtung der größten Landarmee Europas. Der Wehretat in Polen entspricht bereits 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In der BRD werden für die nächsten Jahre dauerhaft 2,5 Prozent angestrebt, also mehr als die aktuelle NATO-Forderung.

Die Konsequenz: Kein Geld für Kindergrundversicherung und Bürgergeld, fünf Euro mehr Kindergeld bei 20 Prozent mehr Mieten und Lebenshaltungskosten, kein Geld für einen Inflationsausgleich für Rentner, aber bisher circa 30 Milliarden Euro aus deutschem Haushalt für den Krieg in der Ukraine und ein Kriegsminister, der immer mehr Geld haben will (allein für 2025 fordert Pistorius zusätzlich 8 Milliarden Euro). Das ist Sozialpolitik á la Ampel. P.S.: Am 28. September 2025 sind Bundestagswahlen!

BERND C. SCHUHMANN

BVB/Freie Wähler – die neue FDP:

»Bürgergeld abschaffen«

Die Brandenburgischen Vereinigten Bürgerbewegungen/Freie Wähler (BVB/Freie Wähler) fordern die Erhöhung des Grundfreibetrags für Arbeitseinkommen auf 2.000 Euro im Monat. Dies erklärte deren Spitzenkandidat zur Landtagswahl Péter Vida am 6. September. Bis zu diesem Betrag sollen keine Steuern fällig werden. Lohnabhängig Beschäftigte mit Kindern sollen einen Freibetrag von 2.500 Euro monatlich erhalten.

Einen speziellen Grundfreibetrag »für Arbeitseinkommen« gibt allerdings so nicht. Die erhöhten Grundfreibeträge würden also für alle Einkommensarten gelten und alle steuerzahlenden »Bürger in Deutschland spürbar ... entlasten«, aber natürlich auch, wie BVB/Freie Wähler betonen, »gleichzeitig Arbeit attraktiver« machen. Dazu brauche es »einen mutigen Schritt der Steuersenkung. Deswegen soll der Freibetrag von derzeit 967 Euro auf 2.000 Euro bzw. 2.500 Euro steigen. Das bedeutet, daß Einkünfte bis zu 24.000 bzw. 30.000 Euro im Jahr komplett steuerfrei bleiben.«

Die gesamte Steuertabelle würde sich entsprechend verschieben, sodaß die Steuerlast »bei allen Arbeitnehmern« (damit sind die lohnabhängig Beschäftigten gemeint – bbp), und natürlich auch bei allen anderen Steuerzahlern, geringer ausfällt. »Gerade in Zeiten, in denen die Lebenshaltungskosten steigen«, erklärt Vida, sei es wichtig, »daß alle mehr Netto vom Brutto haben. Dies stärkt nicht nur die Kaufkraft, sondern auch das Vertrauen in eine gerechte Steuerpolitik.«

Derzeit müßten selbst Menschen mit Mindestlohn darauf Steuern zahlen. Es sei »volkswirtschaftlich nicht vertretbar, daß Menschen mit geringem Einkommen so stark besteuert

werden, während mit der Ausreichung des Bürgergelds falsche Anreize gesetzt werden«. Es brauche einen klaren Abstand zwischen Arbeitslohn und Transferzahlungen. Dies werde mit einer Erhöhung des Steuergrundfreibetrags erreicht.

Zugleich erklären BVB/Freie Wähler auch, wie eine Finanzierung möglich sei. »Zum einen werden durch die Anreize des höheren Steuerfreibetrags freie Stellen eher besetzt und Verbraucherausgaben angekurbelt. Zum anderen dient die Abschaffung des Bürgergelds als Gegenfinanzierung.«

Im Nebensatz fordern BVB/Freie Wähler also auch die »Abschaffung des Bürgergeldes«. Die Floskel von den »falschen Anreizen« war insofern keineswegs zufällig. Das Bürgergeld setze nicht nur falsche Anreize, es sei mit aktuell 26 Milliarden Euro im Jahr bereits deutlich teurer als es Hartz IV jemals war. Was angesichts der Inflationsraten seit der Umbenennung »Hartz IV« in »Bürgergeld« allerdings nicht unbedingt überrascht.

»Es braucht eine Entlastung für die arbeitende Bevölkerung. Soziale Gerechtigkeit fängt damit an, daß man vom erarbeiteten Geld mehr behält. Wir wollen die entlasten, die Tag für Tag arbeiten und damit die Wirtschaftsleistung im Land voranbringen. Die, die arbeiten könnten, es aber nicht tun, verdienen nicht die Solidarität der Gemeinschaft«, so Péter Vida abschließend.

Vida definiert insofern eine Gruppe von Menschen, die »nicht die Solidarität der Gemeinschaft« verdienen. Bislang waren solche Töne vor allem von FDP, dem rechten Flügel der CDU/CSU und der AfD zu hören.

GERD MARKMANN

Straßenfußball am Schwanenteich

Am 3. September fand auf dem Festplatz am Schwanenteich die BRANDENBURGISCHE STRASSENFUßBALLMEISTERSCHAFT statt, organisiert von der Brandenburgischen Sportjugend mit Unterstützung der Stadt Eberswalde und des Stadtteilvereins Finow.

Trotz der Hitze war es ein Tag voller sportlicher Höchstleistungen und gemeinschaftlichem Engagement. Am Vormittag nahmen insgesamt 37 Mannschaften aus Eberswalde, bestehend aus Jungen und Mädchen der Klassen 7 bis 9, am Turnier teil. Die Schülerinnen und Schüler hatten viel Spaß und genossen das gemeinsame Sporterlebnis.

Dank der großzügigen Unterstützung des SANITÄTSHAUSES KOEPPE und des griechischen RESTAURANTS ATHOS konnten alle Kinder kostenlos mit Bratwurst oder Halal zubereitetem

Hähnchen und Getränken versorgt werden. Zehn Mitglieder des Stadtteilvereins waren den gesamten Tag im Einsatz, um für das leibliche Wohl der Kinder zu sorgen und sie bei den hohen Temperaturen mit Erfrischungen zu versorgen.

Am Nachmittag ging das Turnier in die zweite Runde, diesmal mit 16 weiteren Mannschaften, die in zwei Spielklassen und vier Altersklassen antraten.

Die Gewinner des Turniers werden Eberswalde am 21. September im Tropical Islands vertreten, und wir drücken ihnen bereits jetzt die Daumen für den ersten Platz.

Ein herzlicher Dank geht an alle, die diese Veranstaltung ermöglicht haben.

Wir freuen uns bereits auf das nächste Mal!

VIKTOR JEDE, Stadtteilverein Finow e.V.

Eine Nachbetrachtung zum Weltfriedenstag 2024:

Die meisten wollen Frieden – aber keiner geht hin

von Eckhard Laurich

In Eberswalde war es auch in diesem Jahr wieder so, daß an dem Mahn- und Gedenktag überhaupt kein Interesse bestand. Kein Interesse der Bürger, kein Interesse der Kommunalpolitiker, kein Interesse der Presse, ja und ebenso wenig Interesse zeigten sämtliche Parteien, die ihre besten Vertreter derzeit mal wieder an diversen Masten aufgehängt haben. Schön sehn'se aus ... und die schönen Sprüche neben den schönen Gesichtern.

Sie alle wollen in den Landtag und diejenigen, die es schaffen, delegieren im nächsten Jahr dann wiederum ihre Besten in den Bundestag und die dürfen dann u.a. auch über Kriegs- oder Friedenspolitik mitentscheiden. Es ist also bereits bei den Landtagswahlen zu beachten, welche Parteien auf Bundesebene ein sofortiges Ende der Kriegsunterstützung mit sehr viel Steuergeld und immer gefährlicheren Waffen fordern und welche Parteien überhaupt nicht in Betracht ziehen, ihren Kriegskurs zu ändern bzw. zu stoppen. Sie müßten das sofort veranlassen, denn 68 Prozent der Deutschen sind laut aktuellster INSA-Umfrage gegen die deutsche Kriegspolitik.

»Die Vernunft muß siegen«

Das aber interessiert die gewählten »Volksvertreter«, die CDU und die Ampelparteigenossen im Bundestag nicht die Bohne. Diese Kriegstreiber hetzen die Bevölkerung mit Hilfe der deutschen Propaganda-Medien auf, gegen »rechts« auf die Straße zu gehen und das machen tatsächlich viele mit. Gegen »rechts« auf die Straße, gemeinsam mit den schlimmsten Kriegsunterstützern seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Merken diese Medienopfer nicht, wie sie manipuliert werden? Es ist kaum zu fassen.

BSW oder die »Rechten« sind jedenfalls nicht verantwortlich für die negative Entwicklung im besten Deutschland aller Zeiten. Die derzeitigen Machthaber propagieren



FOTOS (2): ECKHARD LAURICH

immer wieder, daß die großen Fragen nicht in den Ländern beantwortet werden, aber die Bundespolitiker unterstützen ihre Parteigenossen beim Landtagswahlkampf und so schließt sich der Kreis. Die Länder haben zudem eine Stimme im Bundesrat. Hier im Osten haben viele Menschen die Nase voll von den hohlen Phrasen der Kreidefresser und von den platten Sprüchen auf den Wahlplakaten. In Thüringen und Sachsen haben die Wähler die Friedensfrage in ihre Wahlentscheidung einfließen lassen. Hier in Brandenburg könnten unschlüssige Leute am 22. September ja mal den Landwirten ihre Stimme geben, statt wie gewohnt bei den üblichen Verdächtigen ihr Kreuzchen zu machen, denn die Lebensmittelsicherheit ist in Gefahr. Darüber wird im Internet berichtet. Wer's nicht glaubt, sollte mal nach Dänemark und Holland schauen, was da bereits abgeht in der Landwirtschaft. Landwirte werden enteignet. Bill Gates läßt grüßen: Laborfleisch, -käse, -milch, Insektenfood, genverändertes Getreide usw. das alles wird schon verarbeitet und produziert.

Zum Weltfriedenstag

Auf dem Marktplatz in Eberswalde gab es am 1. September ab 15 Uhr Redebeiträge, Kaffee und Kuchen, die Buchausstellung einer Eberswalder Kinderbuchautorin mit optisch und inhaltlich wirklich schönen Kinderbüchern, Lesematerial für politisch Interessierte, einen Streitisch und Musik. Der Chor IWUSCHKA bewegte mehrere Passanten zum Verweilen, um ihren Gesängen zu lauschen. Danach gab Schrammel-Ecke ein paar gesellschaftskritische Lieder zum besten und um 18 Uhr war Schluß. Es war sehr heiß an diesem Sonntag und vermutlich waren deswegen nur wenige Leute im Zentrum unterwegs. Politiker saßen sicherlich als Wahlbeobachter vor der Glotze, was ja wichtiger ist, als zu mahnen und zu gedenken. Ich denke, die meisten Menschen wollen Frieden – aber keiner geht hin zu den angemeldeten Protestaktionen. Man ist vielleicht zu bequem, zu beschäftigt, desinteressiert, was auch immer.

Was ist bloß los mit den Deutschen? Die Welt versinkt im Krieg, aber kaum jemand empört sich darüber. Außer den paar Friedensbewegten von der wöchentlich stattfindenden »Aktion Brücke«, die auch verantwortlich für die Veranstaltung am Weltfriedenstag, hält es in Eberswalde und Umgebung offensichtlich niemand für so wichtig, den herrschenden Kriegstreibern unübersehbar und unüberhörbar entgegenzutreten und zu sagen: NEIN, wir sind nicht einverstanden! NEIN, nicht in unserem Namen! NEIN, nicht im Namen des Volkes! Wer schweigt, stimmt zu. Und weil die Massen nicht auf die Straße gehen, darum machen »die da oben«, was sie wollen. Das könnte böse enden...



Wofür stehen die Parteien?

In Brandenburg finden alle fünf Jahre Landtagswahlen statt, in diesem Jahr am 22. September. 88 Plätze müssen im Landtag besetzt werden, höchstens 110 dürfen es am Ende mit Überhang- und Ausgleichsmandaten sein. Die Abgeordneten, die gewählt werden, treffen Entscheidungen, die uns alle angehen. Die Gemeinden sind seit langem mit aushängenden Plakaten versorgt. Auch gibt es Podiumsveranstaltungen der Bewerber und nicht zuletzt sind gedruckte Wahlwerbungen über die Hausbriefkästen der Bürger im Umlauf. Doch immer jeder für sich.

Nun aber gibt es ein Angebot, mit dem die Hintergründe aus der Wahlwerbung zum anschaulichen Studieren an einer Stelle zusammenkommen. Die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung bietet auf ihrer Internetpräsenz eine durchgehende Auflistung der Wahlprogramme aller antretenden Parteien und Wahlgruppierungen an. Neben den sonst üblichen Angeboten, wie dem bekannten *Wahlomat* oder dem ausführlichen Frage-Antwort-Spiel beim *Kandidatencheck* von *abgeordnetenwatch.de* ist diese Offerte eine Neuerung von großem Gebrauchswert.

Unter dem Titel *»14 Parteien - Wahlprogramme vergleichen«* wird gezeigt, wofür die Parteien zur Landtagswahl stehen. In den dort nach Bewerberreihenfolge gelisteten Wahlprogrammen schreiben die Parteien oder politischen Vereinigungen, wofür sie sich einsetzen möchten, sollten sie in den Landtag gewählt werden. (<https://ogy.de/krny>)

(tt)

Auftausalz auf Brücken

Am 11. September ist in Dresden die Carola-Brücke zum Teil eingestürzt. Als mögliche Ursache wurde in den Medien u.a. die Verwendung von Auftausalzen im Winterdienst genannt. Dies könnte zur beschleunigten Korrosion der Bewehrung in der Stahlbetonkonstruktion der Brücke geführt haben. Auch in Eberswalde werden standardmäßig Auftausalze im Winterdienst eingesetzt.

Hierzu haben wir zur Septembersitzung der Stadtverordneten eine Anfrage eingereicht, um zu erfahren, ob und inwieweit im Stadtgebiet auf Brücken Auftausalze verwendet werden und inwieweit die Brücken auf mögliche Korrosionsschäden infolge der Salzverwendung kontrolliert werden. Wir meinen, daß der Einsatz von Auftausalzen auf Brücken generell vermieden werden sollte.

MIRKO WOLFGGRAMM, Fraktionsvorsitzender



Friedensfestival in Bernau

Weltfriedenstag: 350 Besucher kamen auf den Marktplatz

Bernau (bbp-ber). Das Festival stand unter dem Motto *»Diplomaten statt Granaten!«*. In einer öffentlich verlesenen Resolution fordert das Friedensbündnis Panketal/Bernau die Regierung auf, den Irrweg von Waffenlieferungen und Hochrüstung zu verlassen.

»Immer mehr Waffen und immer mehr Rüstung bringen nicht mehr Sicherheit, sondern mehr Unsicherheit!«, heißt es in dem Papier. Die Mitglieder des Bündnisses fordern sofortigen Waffenstillstand in der Ukraine und im Gazastreifen sowie die Aufnahme von Verhandlungen ohne Vorbedingungen.

Entschieden wird die Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen auf deutschem Territorium abgelehnt. Alle Bürgerinnen und Bürger mögen sich bei ihrer Entscheidung zur Landtagswahl in Brandenburg davon leiten lassen, welche Parteien für *»Diplomaten statt Granaten!«* eintreten.

Viele Bürgerinnen und Bürger stimmten in bekannte Songs mit ein. Auch Bernaus Bürgermeister ANDRÉ STAHL mischte sich unter das Publikum. Bündnis und Resolution sind über die Adresse friedensbuenndnis-bernaupanketal.de im Internet erreichbar.



FOTO: FRIEDENSBÜNDNIS BERNAU/PANKETAL

Die Besucher des Friedensfestivals feiern begeistert die Künstler, die am Weltfriedenstag auf dem Bernauer Marktplatz auftraten. WILFRIED STAUFENBIEL begeisterte mit dem Lied *»Der einfache Friede«*. Singersongwriter KARSTEN TROYKE intonierte das bekannte *»Immer lebe die Sonne«*. NICOLÁS RODRIGO MIQUELA brillierte mit seinem Gitarrenspiel und beeindruckte durch sein klares politisches Bekenntnis für Frieden und Abrüstung.

Bürgergeld, Renten und Inflation

Die wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnisse des Ministers für Arbeit und Soziales, Herrn Heil, ähneln sehr stark denen des Ministers für Wirtschaft und Energie, Herrn Habeck, wie man am Beispiel der Inflations-Erklärung erkennen kann!

2021-2023 lag die Inflation teilweise bei 10 Prozent, wobei die Verbraucherpreise vor allem bei Lebensmitteln und Mieten (ohne Energie) teilweise 20 bis 30 Prozent gegenüber den jeweiligen Vorjahresmonaten stiegen. Auf diesem Niveau verharrte die Inflation lange Zeit. Inzwischen verstreuen nicht zuletzt diese beiden Politiker Schlafsand über die betroffenen Bürger, indem sie darauf verweisen, daß die Inflation bis auf ein Prozent gesunken ist.

Im Munde dieser Politiker klingt das, als würden die Verbraucherpreise sinken.

Tatsächlich verharren die Preise auf dem hohen Niveau und steigen von dort weiter, nur nicht mehr so dynamisch. Man erkennt das leicht, wenn man durch die heimischen Supermärkte geht und die Preise auf sich wirken läßt. Das könnte sogar einem Minister auffallen, aber der geht ja wahrscheinlich nicht selber einkaufen und wenn, stören ihn die erhöhten Preise nicht.

ERGO: Bei solch niedriger Inflationsrate muß man Bürgergeld und Renten nicht erhöhen – den Rest erledigt der mündige Bürger an der Wahlurne.

BERND C. SCHUHMAN

Kinder auf der Baustelle

Eberswalde (bbp). »Darf man Kinder und Horterzieher auf einer großen Baustelle unterbringen?«, fragt die Fraktion der AfD in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung.

»Die skandalöse Antwort und Entscheidung der Stadt Eberswalde« laute »Ja«, so die Fraktion, die hingegen fordert, den Schutz der Kinder und Horterzieher »immer zu gewährleisten« und daher die Forderung der Eltern unterstützt, den »Hort der coolen Füchse« in der Eisenbahnstraße 100 (E100) umgehend an einen sicheren Ort zu bringen.

Selbige hatten am 11. September die Sitzung des neuen Ausschusses für Soziales, Bildung, Ordnung und Kultur (ASBOK) genutzt, um ihrem Unmut über die Entscheidungen der Stadtverwaltung Luft zu machen.

Die Kinder und Horterzieher wurden demnach »absichtlich auf eine Voll-Baustelle mit vielen Gewerken gebracht«. Im Gebäude fehlen demnach Türen und das notwendige Mobiliar. Der Hortbetrieb werde von Baustaub und Baulärm sowie durch die Dämpfe von Lacken und Farben belästigt, sei ohne funktionierenden Sonnenschutz bei gesperrten Trinkwas-

serleitungen, mit Baugruben ohne ausreichende Sicherung. Herumliegende Stromkabel, Maschinen, scharfe Werkzeugen und Baumaterialien gefährden die Kinder und es gebe keine Kontrolle, wer im Gebäude ein- und ausgeht. Der Spielplatz sei durch Baucontainer und Bauzäune belegt. Die schlechten hygienischen Bedingungen erlaubten nicht mal ein warmes Mittagessen.

Die Stadtverwaltung habe diese desaströsen Zustände absichtlich verheimlicht, so der Vorwurf. Weder die Eltern noch die Stadtverordneten, schon gar nicht die Presse, seien informiert worden. Die berechtigte Intervention der Stadtverordneten habe die Stadtverwaltung umgehen wollen, stellt die Fraktion fest.

»Das Vertrauen in den Dezernenten und den Bürgermeister ist dadurch kräftig beschädigt. Die Eltern sprechen zurecht von Vertuschung und Gemauschel. Ein Richter würde sagen, es war Vorsatz und es gab kein Zeichen von Reue.«

Die Stadtverwaltung sei nun mit der Forderung der Eltern konfrontiert, den »Hort der coolen Füchse« von der Baustelle E100 zu nehmen.

BVB/Freie Wähler für autoritären Staat

Eberswalder Fraktion distanziert sich von BVB/Freie Wähler

Eberswalde (bbp). Die Wählergruppe Alternative Liste Eberswalde (ALE), die zur Kommunalwahl im Juni wie schon 2019 in einer gemeinsamen Liste mit der Partei Die PARTEI und der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« angetreten war – und mit Mirko Wolfgramm von der PARTEI erneut ein Mandat in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung errungen hat, zeigte sich erschreckt über eine Pressemitteilung von BVB/Freie Wähler.

Mit deren Stadtverordneten Oskar Dietterle hatte die Listenvereinigung, ebenfalls wie schon 2019, eine gemeinsame Fraktion gebildet. Diesmal mit der Bezeichnung »Die PARTEI/ALE-BVB/Freie Wähler«.

BVB/Freie Wähler wollen laut dieser Pressemitteilung unter anderem eine Neuauflage des »Radikalerlasses«, in dessen Folge in den 1970er bis 90er Jahre zehntausende Menschen, darunter vor allem Kommunisten, der berechtigten Berufsverbotspraxis zum Opfer fielen. BVB/Freie Wähler wollen »Rasterfahndung«, sie wollen die Abschiebung von Straftätern in Kriegsgebiete – und damit zugleich die Verhinderung von deren Bestrafung nach Recht und Gesetz. Und sie setzten Kritik an der faschistoiden Politik Israels gleich mit Antisemitismus.

»Wo bleibt der Unterschied zu AfD und CDU, zu Grünen, SPD und FDP?«, fragt der ALE-Sprecher Gerd Markmann. »Nach Ursachen wird nicht gefragt. Das würde ja auch an den Grund-

festen der kapitalistischen Gesellschaft rütteln, was für BVB/FW offensichtlich nicht in Frage kommt.« Dazu passen die Forderungen von BVB/FW nach Abschaffung des Bürgergeldes.

Die Eberswalder Fraktion heißt mittlerweile wieder »Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur«. Oskar Dietterle, der auf der Liste von BVB/FW statt mit der eigenen Liste kandidierte, erklärte, daß er seine Zusammenarbeit mit BVB/FW beenden werde.

Péter Vida hat inzwischen verkündet, er wolle mit seiner Listenvereinigung ein »linkes Bündnis« aus SPD, BSW und Linkspartei verhindern. Die Wahlergebnisse in Sachsen und Thüringen würden eine deutliche Sprache sprechen. »Die Ampelparteien haben versagt«, so Vida. »Sie scheitern daran, die drängenden Probleme unserer Zeit angemessen zu lösen und verspielen damit das Vertrauen der Bürger in die Politik.« Der Vorsitzende von BVB/Freie Wähler warnt vor einem »gefährlichen Vakuum, in dem Populisten von links und rechts immer mehr Zulauf erhalten«.

Zuletzt standen allerdings bei BVB/Freie Wähler eher rechtskonservative und marktradikale Parolen im Zentrum des Wahlkampfes. Dennoch bezeichnet Vida seine Vereinigung als »Kraft der Mitte«. Eine »stabile Regierung der Mitte in Brandenburg«, könne es nur mit BVB/Freie Wähler geben. Nur so lasse sich »verhindern, daß ein linkes Bündnis aus SPD, Linke und BSW entsteht.«

OdF-Gedenken

Bernau (bbp-ber). Etwa 40 Gäste erinnerten am 9. September am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Bernauer Bahnhofsvorplatz an die rasant fortschreitende Abschaffung der demokratischen Strukturen per Verordnungspraxis unmittelbar nach Machtübernahme des Faschismus im Niederbarnim.

Nach neuester Erhebung der »Rotfuchs-Regionalgruppe« ließen die plötzlich mit Internierungsrecht versehenen regionalen Behörden von März 1933 bis 1934 knapp 300 ausschließlich männliche Bürger des Kreisgebiets in neu eingerichtete Konzentrations- und Arbeitslager wie der alten Brauerei Oranienburg, dem Vorläufer des KZ Sachsenhausen, zu Zwangsarbeit und Zwangsaufenthalt verbringen. Dies betraf das gesamte damalige preußische Staatsgebiet, in dem innerhalb kürzester Zeit weitere 8 Internierungslager dieser Art errichtet wurden. Bei dieser konzentrierten Aktion waren für die Erfassung richterliche Entscheidungen ausgeschlossen. Betroffen waren sämtliche politisch aktive Kommunisten, deren Mandatsträger, vermutete Unterstützer, sowie Juden und weitere nicht näher klassifizierte Bürger mit deutschem Paß (*mehr dazu in einer der folgenden Ausgaben*). An der Gedenkveranstaltung war erstmals ein Stand des »Bündnis Sarah Wagenknecht« (BSW) präsent.

Paten gesucht

Bernau (best/bbp). Der Spätsommer zeigte sich im September von seiner schönsten Seite. Beim Bernauer Tourismus & Citymanagement der Bernauer Stadtmarketing GmbH (BeSt) liefen trotz der Hochsommertemperaturen die Vorbereitungen für das Nikolaus-Shopping auf Hochtouren.

Kinder bis 10 Jahre können vom 12. November bis zum 15. November ihre geputzten Stiefel in einem von zwei »Nikolausbüros« abgeben. Der Nikolaus wird die Kinderstiefel gemeinsam mit Gewerbetreibenden und weiteren Akteuren der Innenstadt füllen und am 6. Dezember, dem Nikolaustag, in der Zeit von 14 bis 18 Uhr in den Schaufenstern der Bernauer Innenstadt »verstecken«.

Bis zum 27. Oktober können Gewerbetreibende der Bernauer Innenstadt Stiefelpatenschaften übernehmen und möglichst viele Kinderaugen zum Strahlen bringen. Die Stiefelpaten befüllen eine vorab abgestimmte Anzahl an Kinderstiefeln mit kleinen Gaben und »verstecken« die gefüllten Kinderstiefel dann in ihren Schaufenstern. Auch Paten, die kein eigenes Schaufenster haben, oder ihr Geschäft außerhalb der Innenstadt betreiben, können Stiefelpatenschaften übernehmen. Das Patenschaftsformular kann unter www.bernauerinnenstadt.de heruntergeladen werden. Weitere Infos unter Telefon 03338/376592.

Distanzierung

Kürzlich veröffentlichte die Landtagsgruppe BVB/Freie Wähler eine Pressemitteilung mit weitreichenden Forderungen zur Sicherheitsarchitektur Deutschlands.

Davon müssen wir uns in aller Form schärfstens distanzieren. Die hier gestellten Forderungen richten sich eindeutig gegen die bei uns lebenden ausländischen Mitbürger. Die Ursachen der Anschläge in Solingen und anderswo, die einerseits in der verbrecherischen Besatzungspolitik Israels und den Kriegsverbrechen an der palästinensischen Bevölkerung und andererseits in der Art, wie Deutschland mit den Geflüchteten umgeht – Verbot der Arbeitsaufnahme, willkürliche Abschiebungen selbst gut integrierter Mitbürger, menschenunwürdige Unterbringung – werden nicht thematisiert, sondern es wird in die Hetze gegen Geflüchtete eingestimmt und sie sogar noch verschärft.

Aus diesem Grunde habe ich mich entschlossen, jede weitere Zusammenarbeit mit BVB / Freie Wähler zu beenden. Der Namens teil BVB/Freie Wähler wird dementsprechend aus dem Namen unserer Fraktion entfernt.

OSKAR DIETTERLE

Architekturvortrag

Alljährlich richtet der Verein *baudenkmal bundesschule bernau* den Tag der Stiftungen für die Stiftung Baudenkmal Bundesschule Bernau aus und macht so auf die Bedeutung und essenzielle Förderung der ehemaligen ADGB-Bundesschule aufmerksam.

In diesem Jahr lädt der Verein Interessierte am Sonntag, den 29. September, um 11 Uhr im Besucherzentrum Bernau zu einem Vortrag der renommierten Kunsthistorikerin DR. KAIJA VOSS über die bedeutende Rolle des Architekten Arie Shalom in der Bauhausmoderne ein.

Shalom, ein bedeutender Vertreter des Bauhauses, prägte mit seinen Entwürfen die Architektur des 20. Jahrhunderts maßgeblich. Im Anschluß führt Kaija Voss durch die aktuelle Sonderausstellung »Arie Shalom - Vom Bauhaus in die Welt« im gegenüberliegenden Lehrerhaus am Hannes-Meyer-Campus 9 in Bernau-Waldrieden. Die Ausstellung zeigt beeindruckende Fotografien von Jean Molitor, die Shaloms Bauwerke in Bernau, Tel Aviv (Israel) und Ile-Ife (Nigeria) dokumentieren.

Zum Abschluß wird um 13.30 Uhr eine Führung durch die historische ADGB-Bundesschule angeboten, die Einblicke in die Geschichte und Architektur dieses einzigartigen Bauwerks ermöglichen.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Eine Voranmeldung ist nicht erforderlich. Für Imbiß und Getränke ist gesorgt.

baudenkmal bundesschule bernau e.V.

FDP-Sommerempfang:

»Abschieben und Leistungen streichen«

Kürzlich hat die FDP Barnim gemeinsam mit der FDP Eberswalde zu einem Liberalen Sommerempfang in das Tourismuszentrum im Familiengarten Eberswalde eingeladen. Als Ehrengäste waren der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai MdB und der FDP-Landesvorsitzende und Spitzenkandidat zur Landtagswahl Zyon Braun vor Ort dabei. Etwa 50 Gäste waren der Einladung gefolgt.

Zur Kommunalwahl konnte die FDP in Joachimsthal und Britz neu in die Kommunalparlamente einziehen und ist weiterhin in Bernau, Panketal und Eberswalde vertreten. Insgesamt haben sie ein Mandat hinzugewonnen. Im Kreistag konnten beide Mandate verteidigt werden. Im Vergleich zu anderen Kreisverbänden in Brandenburg können wir uns im Barnim nicht beschweren. Bei der schwierigen Ausgangslage konnten wir uns gut behaupten.

Zum schlechten Abschneiden der FDP in Thüringen und Sachsen betonte Zyon Braun, der in Templin geborene Landesvorsitzende der FDP, daß die Wählerinnen und Wähler in Brandenburg eine eigene Entscheidung treffen können. »CDU und SPD werden nach der Wahl auf jeden Fall gemeinsame Sache machen.

Die Frage ist nur, wen wollen die Brandenburger als dritten Partner. Sollen die Grünen in der Regierung bleiben? Sollen die extremen Ränder mit AfD und BSW zum Zuge kommen? Oder wollen die Menschen vielleicht doch eine Alternative aus der demokratischen Mitte für eine stabile Landesregierung? Für diejenigen sind die Freien Demokraten genau das richtige Angebot«, zeigte sich Zyon Braun zuversichtlich.

Als Hauptredner und Ehrengast kam Bijan Djir-Sarai, der Generalsekretär der FDP, nach Eberswalde. Der Bundestagsabgeordnete aus Nordrhein-Westfalen berichtete kurzweilig von seinem Job. »Manchmal ist man mehr Sekretär, vor allem, wenn alles gut läuft. Aber aktuell muß ich mehr General sein«, so Djir-Sarai. »Das drängendste Thema der Menschen ist momentan der Umgang mit Migration. Das Problem müssen wir lösen. Leider bremsen hier die Grünen auf Bundesebene. Wir Freie Demokraten stehen für Ordnung in der Migrationspolitik, für Zurückweisungen an den Grenzen und konsequente Abschiebungen von abgelehnten und straffälligen Asylbewerbern. Diese dürfen dann auch keine Sozialleistungen mehr erhalten«, so der Bundespolitiker.

MARTIN HOECK

Geradewegs in den amerikanischen Krieg

Es war ja schon vor den (betont »ostdeutschen«) Wahlen in Sachsen und Thüringen längst kein Geheimnis, daß die Wähler mit der Ampelregierung und besonders mit deren Kanzler unzufrieden sind. Wen wundert's?

Nun hört man immer öfter – auch mit Sicht auf die Bundestagswahl – Vorschläge, den Verteidigungsminister, der sich längst als Kriegsminister etabliert hat, also Boris Pistorius, als Scholz-Ersatz zum Kanzler zu machen.

Man beachte: Pistorius bedeutet US-RAKETE in Richtung Osten (Kaliningrad und Moskau), TAURUS-RAKETEN in Selenskyjs Verfügung und einen ruinierten Staatshaushalt durch ausufernde Rüstungsausgaben. TAURUS-Marschflugkörper an die Ukraine sind das, was Frau Baerbock schon lange will: »Wir sind schließlich im Krieg gegen Rußland« (Januar 2023). Es ist wohl besser, einen Kanzler mit Führungsanspruch ohne eigene Ideen zu haben, als einen, der uns geradewegs in einen »US-amerikanischen Krieg« führt, denn Taurus in der Ukraine wäre eine Kriegserklärung an Rußland!

Es scheint so, als hätte die SPD aus Wahlergebnissen unter 12 % oder 7 % nichts gelernt oder nichts lernen will. Die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken zeigt nun, daß die SPD auch aus Solingen nichts gelernt habe. Wie auch, Frau Esken hat schließlich auch 34 Jah-

re gebraucht (ARD-Sommerinterview), um festzustellen, daß man in »Westdeutschland« erkennen müsse, daß es »ostdeutsche« Lebensleistungen gibt und nicht anerkannte Qualifikationen. Und das von einer SPD-Vorsitzenden, die sich auf Willy Brandt beruft (»Es wächst zusammen, was zusammen gehört«).

Genau das ist der sicher ungewollte Beitrag der SPD in Ost und West zum Wachstum auch der AfD.

BERND C. SCHUHMAN

Besucherrekord

Eberswalde (prest-ew). Am 25. August fand im Familiengarten Eberswalde das diesjährige »Klassik Open Air« unter der Leitung von Urs Michael Theus statt. Das Brandenburgische Konzertorchester begeisterte 477 Besucher mit einem vielfältigen Programm aus klassischer Musik, Operettenhits und Klassikern der Filmmusik. Für die traditionelle »Klassik Open Air«-Reihe im Familiengarten ist es ein neuer Besucherrekord.

Zu den Höhepunkten des Nachmittags zählten Paul Linkes mitreißende »Berliner Luft« sowie bekannte Operettenmelodien aus »Im weißen Rössl«, »Maske in Blau« und dem berühmten Soundtrack aus »Der rosarote Panther«, der für eine leichte nostalgische Stimmung sorgte.

Privates Hilfsprojekt:

Eine Augen-OP für Raúl

Seit unserer ersten Reise nach Cuba im Jahr 2014 sind wir freundschaftlich mit unserem damaligen Reiseleiter Raúl Machado Gaballero verbunden.

Nach kurzen anfänglichen Differenzen ob des Charakters unseres damaligen Urlaubs, welche nach Abgleich unserer gemeinsamen Sozialisation zu DDR-Zeiten und Feststellung unserer Gleichaltrigkeit ausgeräumt werden konnten, erlebten wir dank Raúl das leibhaftige und tatsächliche Cuba. Oft mußte er dabei als offizieller Reiseleiter für uns und unser umfassendes Interesse über die Grenzen des ihm Erlaubten gehen. Auf diese Weise ergab sich für uns ein sehr differenziertes Bild des modernen Cubas, was ohne Raúl nicht möglich gewesen wäre.

Wir hielten über die Jahre Kontakt zu Raúl und fanden einen Weg, ihm, seiner Familie und seinen Freunden Unterstützung zukommen zu lassen. Ein zweiter Besuch zum Jahreswechsel 2017/18 schloß sich an. Schon zu diesem Zeitpunkt zeigte sich, daß Raúl nicht mehr in der uns bekannten körperlichen Verfassung war. Leider stellten sich bei ihm seit einiger Zeit vermehrt gesundheitliche Probleme ein, die sich im Moment am meisten auf beide Augen auswirken. Diese sollten einer Behandlung vor Ort zugeführt werden. Leider ist die Technik dort infolge der Sanktionen gegen das Land so alt und marode, daß bei der

Behandlung des linken Auges nicht nur kein Erfolg, sondern sogar eine Verschlechterung eingetreten ist. Daraufhin wurde die nötige OP am rechten Auge nicht mehr ausgeführt.

Unser Ansinnen ist es, unseren Freund nach Deutschland einzuladen und ihm die Behandlung hier zu ermöglichen. Um abschätzen zu können, welche Kosten für eine augenärztliche Behandlung auf uns zukommen, haben wir verschiedene Ärzte angefragt. Der Erfolg ist bisher mäßig. Fest steht, daß für eine genaue Aussage der Patient hier vor Ort untersucht werden muß. Erst danach kann eine Prognose abgegeben werden. Außerdem ist es bisher nicht möglich, einen Behandlungserfolg innerhalb des möglichen Zeitraumes von bis zu 90 Tagen (Dauer eines Visumzeitraumes) vorherzusagen. Durch den fast vollständigen Verlust der Sehkraft ist Raúl zusätzlich auf eine medizinische Begleitperson angewiesen.

Es handelt sich hierbei um ein rein privates Projekt der Familie und von wenigen Freunden, daß keinerlei öffentliche Unterstützung erfährt. Deshalb bitten wir auf diesem Wege alle Freunde der karibischen Insel und des Volkes von Cuba, Raúl und seiner Begleitung



FOTO: PETER WILHELM

den Weg nach Deutschland zu ebnet. Dafür haben wir schon vor längerer Zeit ein Konto eingerichtet, von dem jede bisher eingegangene finanzielle Unterstützung für Raúl 1:1 an ihn ging und auch weiterhin geht.

So wird es auch in diesem Fall sein. Selbst wenn die Reise nach Deutschland aus den verschiedensten Gründen nicht erfolgen könnte, wird doch das Hilfsprojekt immer davon profitieren. Diesen für Raúl schlimmsten aller Fälle wollen wir allerdings mit der Hilfe von Ihnen vermeiden.

Bitte zahlen Sie daher auf DE26 2802 0050 8187 4745 00 einen Ihnen möglichen Betrag, um Raúl das Augenlicht wiederherstellen zu können. Vielen herzlichen Dank!

PETER WILHELM

Kontakt: 0177/2273934, wilhelm-consult@gmx.de

»Impressionen aus Kuba« im Rathaus

Eberswalde (bbp). Am 3. September gab es hohen Besuch im Eberswalder Rathaus. Unter Teilnahme der Botschafterin der Republik Kuba in der Bundesrepublik, Juana Martínez González, wurde auf der Galerieetage des Eberswalder Rathauses die Ausstellung »Impressionen aus Kuba« eröffnet. Umrahmt wurde die Eröffnung mit lateinamerikanischer Musik. Dr. Hannelore Gilsenbach trug das bekannte »Hasta Siempre« von Carlos Puebla vor, allerdings in der Adaption von Wolf Biermann.

»Kuba gilt als ein ambivalentes Land mit Symbolcharakter«, heißt es in der Pressemitteilung der Stadtverwaltung. »Einerseits verbindet es Generationen von Menschen in ihrer Wahrnehmung eines gesellschaftlichen Sehnsuchtsortes und ist Traumdestination in der Karibik. Andererseits kennt die Republik Kuba auch starke Herausforderungen in der Versorgung ihrer Bürgerinnen und Bürger und ist als Inselstaat von den Auswirkungen der Klimaveränderungen direkt betroffen.«

Die »Impressionen aus Kuba« beleuchten die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten von Eberswalderinnen und Eberswaldern, die darauf gerichtet sind, die kubanische Bevölkerung zu unterstützen. So versucht die Initiative »Seeds of Friendship« durch landwirtschaftliche Arbeitseinsätze vor Ort und durch einen koordinierten Wissenstransfer den Aufbau von Kleinstfarmen zu unterstützen. Im Eberswalder Rathaus werden die Reiseimpressionen der HNEE-Studierenden aus dem Jahr 2023 und

der Austausch mit der kubanischen Partnergruppe aus Sancti Spiritus gezeigt.

Die Gäste der Ausstellung können sich zudem über Aktionen informieren, die auf Initiative von Eberswalder Bürgerinnen und Bürgern die Lieferung von Seh- und Hörhilfen an den karibischen Inselstaat organisieren. Foto-visuell wird dabei deutlich, daß die gemeinsame Erfahrung der Hilfe, der kulturellen Besonderheiten und Gemeinsamkeiten ein Band der Freundschaft und des Austausches geknüpft haben.

»Es sind diese Aktionen, die wir brauchen. Über Themen aus der Kultur und der Wirtschaft setzten wir wichtige Impulse für gegenseitiges Handeln«, wie Dr. SYLVIA SETZKORN, Beauftragte für Gleichstellung, Migration und Integration des Landkreises Barnim, in ihren einleitenden Worten festhielt. MAIK BERENDT, Dezernent für Verwaltung und Finanzen der Stadt Eberswalde, sieht »ein Rathaus, in welchem die Bürgerinnen und Bürger ein und aus



FOTO: MARKUS MIRSCHHEL

»Eberswalder Hilfe für Kuba« (v.l.n.r.): Margit Streblov, Angelika Großmann, Nikolai Schar-sich, Juana Martínez González, Ellen Berger, Dietmar Ortel, Wolfgang Frick, Maik Berendt, Dr. Sylvia Setzkorn

gehen, als einen idealen Ort, Menschen zusammenzubringen und einen gedanklichen Austausch zu fördern«.

Die Ausstellung kann voraussichtlich bis zum 30. Oktober zu den Öffnungszeiten des Eberswalder Rathauses besichtigt werden.

Guten-Morgen-Eberswalde

Im September freuen wir uns noch auf das gemeinsame Singen mit Sascha Lej (21.9.) und auf eine Luftkur-Ausgabe mit einem Konzert von Warnfried Altmann und Wilfried Staufenbiel für Saxophon, Violoncello und Gesang (28.9.). Am 5. Oktober feiern wir dann 900 x Guten-Morgen-Eberswalde! U. MUSZYNSKI 17

Solidarität statt Hetze

Eine Woche vor der Landtagswahl fand am 14. September in Eberswalde eine Demonstration unter dem Motto »Gemeinsam stark – wir sind die demokratische Mehrheit« statt. Dabei hat uns besonders folgender Satz im Aufruf angesprochen: »Darum ist unsere Antwort Solidarität mit allen, die den rechtsextremen Haß zuerst spüren«.

Durch die (drohenden) Wahlerfolge der rechtsextremen AfD rückt die politische Diskussion in Deutschland immer weiter nach rechts. Migration wird vor allem als Problem behandelt, fast alle Parteien hetzen gegen Geflüchtete. Menschenwürde und Menschenrechte werden immer stärker in Frage gestellt und verletzt. Gesetze sollen verschärft werden, Sozialleistungen gekürzt und vor allem sollen viel mehr Menschen abgeschoben werden. Es geht dabei vor allem um Abschreckung, der Reichtum in Deutschland soll mit niemandem geteilt werden, Stattdessen immer höhere Mauern und Stacheldraht an den europäischen Außengrenzen. Auch in Deutschland sollen wieder dauerhafte Grenzkontrollen etabliert werden.

Wir setzen die Solidarität gegen die Hetze! Wir träumen von einer Welt ohne Grenzen! Schluß mit dem Sterben an den Mauern der Festung Europa! Jeder Mensch soll sich frei bewegen können! Menschen, die nach Deutschland geflohen sind, brauchen unsere Solidarität und sollen sich hier sicher fühlen! Wir fordern einen Abschiebestopp! Stellen wir uns zusammen der rechten Hetze entgegen.

Initiative Barnim solidarisch

Staatsknete für Rüstung

Die Meyer-Werft erhält vom Bund und dem Land Niedersachsen 400 Millionen Euro zur Erhöhung des Stammkapitals und Kreditbürgschaften; offiziell zur Rettung von dreitausend Arbeitsplätzen!

Sicher eine nicht zu kritisierende Maßnahme, wäre da nicht im Hintergrund der Bau von zwei Marine-Einheiten, der 2023 in Papenburg begonnen und auf der Neptun-Werft Rostock fertiggestellt werden soll. (Neue Osnabrücker Zeitung, Juni 2023).

In Wirklichkeit geht es also um die Finanzierung von Vorhaben des militärisch-industriellen Komplexes aus Steuergeldern zur Stärkung der Kriegstüchtigkeit. Dieselbe Regierung läßt gleichzeitig ohne staatliche Hilfe die ehemalige Volkswerft Stralsund in die Insolvenz schlittern und wird sich beim VW-Konzern nicht in die Rettung der Arbeitsplätze einmischen (Kanzler am 04.09.2024).

Übrigens werden die Steuern auf die Meyer-Gewinne in Luxemburg ermittelt, während in Deutschland zwölf Milliarden Euro im Haushalt fehlen!

BERND C. SCHUHMAN

Unterkunft für 125 bis 205 Menschen auf der Flucht:

»Haus am Stadtsee«

Eberswalde (bbp). Der Anteil der Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist in den letzten zehn Jahren im Schnitt um einen Prozentpunkt pro Jahr angestiegen. Das sind etwa 400 bis 420 Personen pro Jahr. Aktuell haben etwa 11,3 Prozent der Menschen in Eberswalde keinen deutschen Paß. Das sind etwa 5.000 Personen, die einen erheblichen Beitrag dazu leisteten, daß die Eberswalder Bevölkerungszahl nicht weiter schrumpft, sondern seit knapp zehn Jahren wieder wächst.

Nach dem Verkauf des »Haus am Stadtsee« an der Angermünder Chaussee an den Landkreis Barnim im Mai 2023 wird die Immobilie gegenwärtig zu einer Unterkunft für Geflüchtete und Asylbewerber ausgebaut. Die Unterkunft soll noch in diesem Jahr bezugsfertig sein. Das bedeute »den Zuzug weiterer Migranten nach Eberswalde«, stellte die AfD-Fraktion in der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung in Bezugnahme auf einen MOZ-Artikel vom 3. Juli fest. Die Fraktion reichte daraufhin für die Sitzungen der städtischen Gremien im September einen Fragenkatalog mit elf Einzelfragen ein.

In ihrer Antwort bezieht sich die Stadtverwaltung zunächst auf Informationen des Landkreises, die ihr am 9. September zur »Gemeinschaftsunterkunft (GU) Haus am Stadtsee« zugehen:

»Der Landkreis Barnim hat das Grundstück und seine Gebäude für verschiedene soziale pflichtige und freiwillige Aufgaben erworben. Derzeit werden Teile des vorhandenen Gebäudebestandes für die Unterbringung von etwa 125 Geflüchteten und Asylsuchenden instandgesetzt: 90 Personen im ehemaligen Gästehaus und etwa 35 Personen im Vorderhaus. Der Landkreis Barnim hatte bereits in den Jahren 2015 bis 2017 dort Geflüchtete untergebracht. Die damals hergestellten Strukturen sind teilweise noch vorhanden. So kann an diesem Standort mit relativ geringem Aufwand eine erneute vorübergehende Unterbringung Geflüchteter erfolgen. Die dafür notwendigen Verfahren laufen in enger Abstimmung mit den zuständigen Behörden. Erste Gebäudeteile sind Mitte des

vierten Quartals 2024 bezugsfertig. Parallel dazu werden die Kapazitäten des Geländes für die Unterbringung von etwa 80 Personen erweitert. Der Landkreis Barnim setzt dabei auf die Vorteile einer modularen Bauweise und wird so bis Ende des Jahres 2024 dort zwei dreigeschossige Gebäude errichten lassen. Bereits geäußerte Fragen und Bedenken von Bürgerinnen und Bürgern bzw. von Vertreterinnen und Vertretern aus dem politischen Raum u. a. zu ÖPNV-Anbindungen, Versorgungsmöglichkeiten, sozialer Betreuung und Sicherheit werden in die Planungen einbezogen. Lösungsmöglichkeiten im Kontext der Fertigstellung der Einrichtung werden durch die verantwortlichen Amtsbereiche der Kreisverwaltung in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Eberswalde beachtet. Die interessierte Öffentlichkeit wird sich vor der ersten Belegung im Rahmen eines »Tages der offenen Tür« über die Einrichtung und alle damit verbundenen Fragen informieren können.«

Zu weiteren Fragen, beispielsweise zur »genauen Zusammensetzung der Personen«, verweist die Stadtverwaltung auf die Zuständigkeiten des Landkreises und der Zentralen Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt (ZABH). Zur Frage 10, welche Auswirkungen sich für den Personalbedarf und die Kosten im Bereich Schulen, Kitas etc. ergeben, informiert die Stadtverwaltung, daß dies »zum aktuellen Zeitpunkt nicht qualitativ und quantitativ aufgeschlüsselt werden« könne, da dies »maßgeblich von der konkreten Belegung der Unterkunft« abhängt. Zu den mit Frage 11 erbetenen Informationen zu den Anteilen »von

Kindern mit nichtdeutscher Staatsbürgerschaft und mit Migrationshintergrund in städtischen KITAs, Schulen und Horten (absolut und prozentual, bitte einmal insgesamt nach Einrichtung und einmal insgesamt nach Alter aufliedern)«, teilt die Stadtverwaltung mit, daß ihr die angefragten Daten nicht vorliegen.

Einst war das »Haus am Stadtsee« eine beliebte Gaststätte. Das Foto (um 1960) war vor einem Jahr Teil der Fotoausstellung »Eberswalde, DDR« von Dirk Engelhardt (BBP Winter/2023).



Gaza-Requiem

von Hartmut Lindner

Der Tod
Der Tod ist groß
Der Tod ist groß in Gaza
er ist mächtig
und er hat
das letzte Wort.

Der Tod trägt Camouflage und Schnürstiefel
aber auch Turnschuhe, Jeans und T-Shirts.
Sein gotteslästerliches Stirnband zitiert
Koranverse
und den blasphemischen Kampfruf
»Allah Akbar!«
Es ist der Tag des Zorns. Dies irae.

Mit diesem Kampfruf
und schweren Bulldozern hat er
den Grenzzaun niedergewalzt und ist
aus Gaza ausgebrochen
mit Mopeds, Pickups und Bussen
über die Grenzdörfer hergefallen
hat gemordet, gewütet und Geiseln genommen.
Brandschatzend mit Granaten und Raketen
aber auch mit Videos seines Triumphs
verbreitete er Angst und Schrecken.

Das Nova-Festival wurde sein Totentanz.
»Allah Akbar!«

Plötzlich hat der Tod die Seiten gewechselt
aus Israel ist er zurückgekommen.
Jetzt ist ein anderer Tag des Zorns angebrochen.

Jetzt heißt es:
»Die Rache ist mein«, spricht der Herr
in Gaza und Raffah und in Chan Younis
mit F-16, Drohnen, mit Panzern und Artillerie.
Er hat Hunderttausende von Soldaten
mobilisiert und in seinen Dienst genommen.

Der Tod ist
ein Zyniker.
Er ist freundlich.
Er kündigt sich an
auf Flugblättern und im Smartphone
warnt er rechtzeitig und
fordert alle auf, ihn zu fürchten
ihm Respekt zu erweisen
und ihm aus dem Weg zu gehen.
Wer dem nicht folgt, ist verloren.
Der Tod hat das letzte Wort.

Jetzt wird zerstört, getötet und und gestorben
in schier unendlichen Kampfeinsätzen.

Täglich steigt die Zahl der Opfer und
zählt nach Wochen bereits
nach Tausenden
nach zwei Monaten
nach Zehntausenden.

Jeden kann es treffen:
Männer, Frauen, Kinder, Greise
in der Mehrzahl Frauen und Kinder.
Aber sie sind keine Nummern
auch wenn die Zahlen steigen.
Opfer des Feldzugs gegen die Hamas.

Der Tod ist groß.
Der Tod triumphiert.
»Die Rache ist mein«, spricht der Herr.
Der Tod hat das letzte Wort.

Der Tod des Alten Testaments
hat sich technologisch verjüngt.
Ist auf dem neuesten Stand der Entwicklung.

Zur Kündigung von Abrüstungsverträgen:

Wagenknecht: »Scholz lügt!«

In der sogenannten Sommerpressekonferenz hat der Bundeskanzler Olaf Scholz behauptet, Rußland habe sich »massiv über all die Rüstungskontrollvereinbarungen der letzten Jahrzehnte hinweggesetzt« und sei »aus der Politik der Rüstungskontrollpolitik ausgestiegen«. Daher sei die Stationierung von US-Raketen in Deutschland notwendig. SAHRA WAGENKNECHT von der nach ihr benannten Partei BSW reagierte darauf. In einem Video mit dem Titel »Scholz lügt« widerlegt sie Scholz und weist im Detail nach, daß die USA die Sicherheitsarchitektur in Europa zerstört haben.¹

Bereits 2001 haben die USA den ABM-Vertrag von 1972 gekündigt, »um das Raketenabwehrsystem NMD2 installieren zu können«, wie Spiegel-Online damals schrieb³. »Das zwischen Washington und Moskau geschlossene Abkommen verbot die Aufstellung solcher Systeme.« Neben Stationierungsorten in Alaska und in Kalifornien wurde am 13. Mai 2016 eine Anlage des Raketenschildes im südrumänischen Deveselu in Betrieb genommen⁴, was

Er ist unsterblich, mitleidlos und blind.
Er kennt nur ein Ziel.
zu töten, zu töten, zu töten.

Der Tod ist groß in Gaza.

Er tötet nicht nur mit Bomben und Granaten.
Hunger und Durst, Krankheit und Seuchen
arbeiten ihm zu.
Diese treuen Helfer
sorgen dafür, daß das Sterben weitergeht
auch noch nach einem Waffenstillstand
wenn er des Tötens müde geworden ist
der Tod.

Aber er kann nicht schlafen
er darf nicht schlafen
jeder Tote wird gerächt werden
muß gerächt werden
damit das Töten weitergeht
und niemals aufhört
im ewigen Kreislauf von
Rache und Vergeltung.

»Die Rache ist mein«, spricht der Herr
»Allah Akbar!« der Gotteskrieger.

Der Tod ist groß
so groß in Gaza
unsterblich groß
er ist mächtig
und er hat
das letzte Wort.

Das Gaza-Requiem ist eine Kontrafaktur eines Requiems, denn angesichts des Mißbrauchs des Namen Gottes, sowohl des alttestamentarischen als auch des koranischen ist ja von der Wirkung des Herrn nichts zu spüren.

Es gibt keine ärgere Gottestlästerung als die der Hamaskämpfer und der Rechtsausleger im Kabinett Netanjahu und der Siedler.

Das Alte Testament ist auf weiten Strecken ein blutrünstiges Buch.

Die Kriegführung in diesem Buch kennt keine Genfer Konvention.

Die Passage im 4. Buch Mose, Kap 21. Vers 35 ist noch harmlos, was die Darstellung angeht.

»We are not numbers« (WANN) ist eine Initiative palästinensischer Schriftsteller aus Gaza,

H.L.

damit begründet wurde, Iran würde nach nuklearer Bewaffnung streben.

2019 stiegen die USA aus dem INF-Vertrag aus⁵. Begründet wurde der Schritt damit, daß Rußland den Vertrag verletzt hätte, der Vertragsinhalt sei damit hinfällig. Gegenstand waren in Kaliningrad stationierte Systeme des Typs Iskander, die nach Auffassung der USA auch nuklear bestückt werden konnten. Einladungen Rußlands zur Inspektion der Systeme wurden von den USA und der NATO allerdings ausgeschlagen.

Ein Jahr später, 2020, stiegen die USA dann einseitig aus dem Open-Skies-Abkommen aus, das den gegenseitigen regelmäßigen Überflug zur Kontrolle der Einhaltung von Abrüstungsvereinbarungen erlaubte.⁶

Von den vier maßgeblichen Abrüstungsabkommen wurde lediglich das START-Abkommen von Rußland im Februar 2023 einseitig ausgesetzt, weil infolge der Sanktionen keine russischen Inspektoren in die USA fliegen können. Das russische Außenministerium sowie das Verteidigungsministerium versicherten aber, daß sich Rußland weiter an die vereinbarten Obergrenzen für nukleare Trägersysteme halten werde.⁷

Entgegen den Aussagen des Bundeskanzlers waren also die meisten Abrüstungsabkommen schon lange vor der Ausweitung des Kriegs in der Ukraine im Februar 2022 von den USA gekündigt worden und nicht von Rußland. Vielmehr deutet alles darauf hin, daß die USA langfristig auf die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in der BRD, die im Sommer bekanntgegeben wurde, hingearbeitet hat.

»Das BSW jedenfalls«, so Sahra Wagenknecht abschließend, »wird sich an keiner Landesregierung beteiligen, die diese Raketenstationierung hinnimmt oder gar befürwortet.«

G.M.

1 – <https://youtu.be/-IXMP0RUy5A> (alle Internetadressen wurden am 13.09.2024 abgerufen)

2 – National Missile Defense (NMD), deutsch: Nationale Raketenabwehr bzw. der US-Raketenschild

3 – www.spiegel.de/politik/ausland/raketenabwehr-usa-kuendigen-abm-vertrag-a-172585.html

4 – https://de.wikipedia.org/wiki/National_Missile_Defense

5 – Zeit online, 01.02.2019

6 – Handelsblatt, 22.05.2020

7 – https://de.wikipedia.org/wiki/Strategic_Arms_Reduction_Treaty

Ganzheitliche Ernährung (42)

Parodontitis, früher Parodontose genannt, ist eine entzündliche Erkrankung des *Zahnbettes*, des sogenannten *Zahnhalteapparates*. Parodontitis ist eine der häufigsten Infektionskrankheiten und wird meist durch eine bakterielle Infektion verursacht. Die Entzündung beginnt oft im Zahnfleisch und kann sich anschließend in den Kiefer ausbreiten. Eine unbehandelte Parodontitis kann im schlimmsten Fall zu *Zahnverlust* führen.

Auch wenn Anzeichen früher auftreten, wird eine Parodontitis oftmals erst nach dem 40. Lebensjahr festgestellt. Aber die Krankheit kann auch schon im Kindesalter und im Jugendalter auftreten. Meist sind die Frontzähne und die vorderen Backenzähne des Oberkiefers und des Unterkiefers betroffen.

Typischerweise beginnt die Parodontitis mit einer durch Keime ausgelösten Zahnfleischentzündung oberhalb und unterhalb des Zahnfleischrandes. Zuerst zeigen sich Schwellungen und Rötungen des Zahnfleisches. Es kann auch zu Zahnfleischbluten kommen. Ein Warnzeichen kann auch ein veränderter, oft süßlicher Mundgeruch sein. Anfangs befinden sich die Bakterien auf der Zahnoberfläche, können dann aber nach und nach weiter bis zur *Zahnwurzel* vordringen. Dort werden diese Keime nicht mehr mit der normalen Mundhygiene erreicht. Als Folge davon können sich die Keime ungestört vermehren.

Grund für eine Parodontitis ist oftmals eine ungenügende Zahnpflege, wodurch sich auf Dauer die sogenannte *Plaque* auf dem Zahn bilden kann, also ein fest haftender Zahnbelag. Wenn dieser Zahnbelag Mineralien einlagert und verkalkt, so spricht man von *Zahnstein*. Mit der Zahnbürste kann der Zahnstein nicht entfernt werden. Sollten sich Keime dauerhaft auf diese Art und Weise am Zahn anhaften, dann kann das zu Entzündungen führen. Diese Entzündungen können immer mal wieder kurzzeitig akut werden.

Im Verborgenen wirkt diese Entzündung immer weiter, so daß als Folge davon das Zahnfleisch zurückgeht. Dadurch liegt das Zahnfleisch nicht mehr am Zahn an und so entsteht irgendwann eine Lücke zwischen Zahn und Zahnfleisch, dies sind die sogenannten *Zahnfleischtaschen*. In diesen Zahnfleischtaschen können sich weitere Bakterien ansiedeln. Dies wiederum führt zu einer Beschleunigung der Entzündung.

Ursache einer Parodontitis sind neben mangelhafter Mundhygiene und Zahnpflege auch Rauchen, die Nebenwirkung von bestimmten Medikamenten, Erkrankungen wie Morbus Crohn oder Diabetes Typ-2 sowie *Kaufunktionsstörungen*, wie z.B. Knirschen mit den Zähnen.

FALK HINNEBERG, (www.hinneberg.info)

Schuldenberatungen in Europa (6):

»Schuldsanering« in den Niederlanden

Prinzipiell unterscheidet sich die rechtliche Situation eines Schuldners in den Niederlanden nicht von der Situation in Deutschland. Auch in den Niederlanden regelt ein Insolvenzgesetz die rechtliche Schuldbeitreibung (aktuelle Fassung gültig seit 10/07/2024, wetten.overheid.nl). Das Insolvenzgericht ernannt einen oder mehrere Insolvenzverwalter (curator) und einen Richter, der Aufsicht über das Insolvenzverfahren führt (rechter-commissaris). Zentrale Aufgabe des Insolvenzverwalters ist die Verwaltung und Liquidation der Insolvenzmasse. Das verpflichtende Verfahren ist in dem Gesetz zur Schuldsanierung natürlicher Personen geregelt (Wet schuldsanering natuurlijke personen – Wsnp).

Dem »Wsnp« geht in der Regel der Versuch einer freiwilligen Umschuldung voraus (Minnelijke schuldsanering natuurlijke personen – Msnp). Natürliche Personen können ein Umschuldungsverfahren (ndl. schuldsanering) beantragen. Zur Vorbereitung des Verfahrens nehmen sie die Unterstützung und Beratung durch einen Schuldenberater oder eine kommunale Kreditbank in Anspruch. Für die Durchführung der Schuldsanierung wird ein Verwalter ernannt. Wenn der Schuldner alle Bedingungen erfüllt, werden ihm am Ende der Umschuldung alle Schulden erlassen (er bekommt eine neue Chance). Das Umschuldungsverfahren beträgt in der Regel 1 ½ Jahre.

1933 wurde in den Niederlanden das erste Kreditgesetz zum Schutz der Bevölkerung gegen Wucher erlassen. In diesem Zusammenhang forderte der damalige Gesetzgeber nachdrücklich die Kommunen auf, eigene Kreditbanken zu gründen, um den ärmeren Bevölkerungsgruppen eine Kreditaufnahme zu ermöglichen. In der Folge entstanden zahlreiche kommunale Kreditbanken, die soziale Kredite vergeben. Eine kommunale Kreditbank ist entweder unmittelbar im Eigentum ihrer Kommune oder wird von einer kommunalen Stiftung getragen. Die kommunalen Kreditbanken arbeiten nicht gewinnorientiert, sondern nach dem Kostendeckungsprinzip. Sie verstehen sich selbst als sozial engagierte Banken. Die Umschuldungskredite zählen zu den Sozialkrediten, denen Verhandlungen mit den verschiedenen Gläubigern eines Schuldners vorausgehen. Bereits 1932 schlossen sich kommunale Kreditbanken in einem Verband zusammen, dem NVVK. Die Niederlande haben eine geringere Überschuldungsquote als Deutschland. In Deutschland liegt die Quote der materiellen und sozialen Deprivation im Jahr 2022 bei 11,5 % der Bevölkerung, in den Niederlanden ist sie mit 5,6 % nur halb so hoch. Betrachtet

man die Quote der Erwerbstätigen, dann ist eine materielle und soziale Deprivation bei 7,9 % der deutschen Erwerbstätigen und lediglich bei 2,5 % der niederländischen Erwerbstätigen gegeben.

Die Quote der materiellen Deprivation ist ein Indikator aus der EU-SILC-Erhebung, der die unfreiwillige Unfähigkeit ausdrückt, sich verschiedene Ausgaben leisten zu können, die von den meisten Menschen als für eine angemessene Lebensführung wünschenswert oder gar notwendig angesehen werden.

Materielle Entbehrung (materielle Deprivation) liegt nach der EU-Definition für EU-SILC dann vor, wenn sich aufgrund der Selbsteinschätzung ein Haushalts mindestens fünf der folgenden dreizehn Kategorien nicht leisten kann:

1. Miete, Hypotheken, Konsumentenkredite oder Rechnungen von Versorgungsbetrieben rechtzeitig zu bezahlen.
2. Die Wohnung angemessen heizen zu können.
3. Unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können.
4. Jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit einnehmen zu können.
5. Jedes Jahr jährlich eine Woche Urlaub woanders als zu Hause zu verbringen.
6. Ein Auto zu besitzen (keinen Firmen- oder Dienstwagen).
7. Abgewohnte Möbel zu ersetzen
8. Regelmäßige Freizeitaktivitäten (auch wenn diese Geld kosten)
9. Mindestens einmal im Monat für ein Getränk/eine Mahlzeit mit Freunden/Familie zusammenzukommen
10. Eine Internetverbindung zu haben
11. Abgetragene Kleidungsstücke durch neue (nicht Second-Hand-Kleidung) zu ersetzen
12. Mindestens zwei paar passende Schuhe in gutem Zustand zu besitzen
13. Wöchentlich einen geringen Geldbetrag für sich selbst aufzuwenden

28 % der Deutschen konnten im Jahr 2018 unerwartete Ausgaben in Höhen von 1.050 Euro nicht aus eigenen Mitteln bestreiten, aktuell sind es 33,5 %. In den Niederlanden liegt der Anteil der Haushalte, die dies nicht können, mit 14,6 % deutlich niedriger. Den Niederländern geht es materiell und sozial offensichtlich wesentlich besser als den Deutschen. Die Art und Weise, wie die Niederländer seit fast 100 Jahren mit Bürgern umgehen, die in finanzielle Not geraten, ist ebenfalls deutlich sozialer und innovativer als dies in Deutschland der Fall ist.

DR. DIETER KORCZAK

Einwände gegen Flächennutzungsplan für Lichterfelde:

Gefahr durch Windräder

Lichterfelde (bbp). Gegen den Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Schorfheide gemäß des Vorentwurfs in der Fassung 02/2024 haben mehrere Bürger aus Lichterfelde und Klandorf Einwände vorgebracht. Im Fokus steht dabei der Bau neuer Windenergieanlagen bei Lichterfelde.

Wie der Lichterfelder Gemeindevertreter Dr. ANDREAS STEINER (BVB/Freie Wähler) bemerkt, hatten »seinerzeit über 600 Lichterfelder Bürger Einwände gegen den Bau neuer Windenergieanlagen vor den Toren ihres Ortes beim Landesamt für Umwelt (LfU) eingereicht... Das waren fast 30 Prozent der Anwohner. Diese Einwände wurden vom LfU bis dato leider nicht beantwortet. So ist anzunehmen, daß die Information über die Erweiterung des Windeignungsgebietes in Lichterfelde noch nicht zu allen Bürgern durchgedrungen war, es ansonsten sicherlich eine weitaus höhere Anzahl an Einwendungen gegeben hätte.«

Die Einwände gegen den FNP beziehen sich sowohl auf die Windeignungsgebiete bei Groß Schönebeck als auch auf jene in Lichterfelde.

»Wir sind nicht gegen den Ausbau der Erneuerbaren Energie unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, wenn der Natur- und Artenschutz im Genehmigungsgebiet berücksichtigt und die Lebensqualität von Mensch, Natur und Tier nicht beeinträchtigt werden«, betonen die Einwander.

Insbesondere in Lichterfelde würden aber »die gesetzlichen Vorschriften nicht eingehalten« und es erfolge »keine Berücksichtigung für die Lebensqualität von Mensch und Tier«. Außerdem werde die Sicherheit für mehrere im Bereich der geplanten Windkraftanlagen liegender Unternehmen nicht berücksichtigt,

darunter einem »Notdienstleistungsunternehmen mit 24-Stundendienst an 365 Tagen im Jahr mit umfangreichem Kundenverkehr«, bei dem mit 230 Metern »definitiv die geltenden Abstandsregelungen ... nicht eingehalten« werden. Betroffen seien nicht nur die Werkstatt, sondern »offiziell mit behördlicher Genehmigung auch eine Firmenwohnung«. Im Havariefall gebe es keine Sicherheitsgewährleistung für Wohn- und Geschäftsräume.

Ähnliche Abstände bestehen zu den anderen Firmengrundstücken. Der Sicherheitsabstand von 500 Metern werde ebenfalls unterschritten und es komme »zu erheblichen Beeinträchtigungen der Lebensqualität durch Lärm, Schattenwurf und Schallemission. Im Gutachten finden sich keine konkreten Angaben zur gesundheitlichen Beeinträchtigung für die vierköpfige Familie der Firmenwohnung. Wir beanstanden ganz konkret die übermäßige Belastung durch hörbaren Lärm sowie den Schattenwurf als Dauerbelastung.«

Es fehle zudem eine Gefahrenanalyse für die Infraschallemission, also tiefe Töne unter der Hörbarkeit mit Wirkung auf den Menschen. Auch zu den Gefahren »durch Eiswurf auf dem Firmengrundstück, für Folgen im Kundenverkehr und an Sachbeschädigung von abgestellten Fahrzeugen und Hallendächern« gebe es keinerlei Aussagen. »Die Schadensfallkostenregelung ist ungeklärt, da die Mindestab-

stände und die Sicherheitsabstände unterschritten werden. Laut Arbeitsschutz ist es untersagt, in der Gefahrenzone tätig zu sein.«

Dies ist ein unvollständiger Auszug aus den vorgebrachten Einwänden, die sich auch auf grundsätzliche Gegebenheiten wie das Bundesnaturschutzgesetz und die Festlegungen des Einigungsvertrags beziehen. Die »unausgereifte Planung« führe »zu einer Existenzbedrohung« wirtschaftlicher, touristischer und kultureller Unternehmen und Initiativen.

Zur möglichen Verwendung der per Windkraft erzeugten Elektroenergie für eine eventuelle Erzeugung von Wasserstoff heißt es:

»Wir befürchten, daß Ihre Planungen in ihrer Unzulänglichkeit den Natur- und Landschaftshaushalt, die Grundwasserressourcen sowie die Oberflächengewässer übermäßig negativ beeinflussen. Für die Produktion von Wasserstoff ist natürliches Wasser aus tiefen Bodenschichten erforderlich. Für eine industrielle Größenordnung ist aus unserer Sicht durch die Entnahme des Grundwassers die Wasserversorgung in unserer Region gefährdet. Es bestehen bereits jetzt negative Differenzen zwischen Grundwasserentnahme und Grundwasserneubildung. Genau gesagt ist durch die Entnahme nicht nur die Versorgung der Bevölkerung stark gefährdet, sondern auch die von der Stetigkeit des Wasserhaushaltes geprägte Natur.«

Es sei ein »zielsetzendes Programm zur Erhöhung der Oberflächenfeuchtigkeit und der Verbesserung der Fließgewässer« erforderlich, »um dem Klimawandel entgegenzuwirken«. Von der Erschließung bzw. Ausweitung der ausgewiesenen Windeignungsgebiete wäre »eine derart starke Beeinträchtigung zu erwarten, daß der Lebensraum sämtlicher Vogelarten in Verbindung mit dem Schutzgebiet gefährdet ist«.

Solarstrom von der Müllkippe

Am 12. September wurde die neue Photovoltaik-Freiflächenanlage auf der ehemaligen Deponie Ruhlsdorf feierlich eröffnet.

Die PV-Anlage hat eine Leistung von 1.420 kWp und kann den Strombedarf von etwa 400 3-Personen-Haushalten decken kann. Im Gegensatz zu herkömmlichen PV-Freiflächenanlagen wurden für diese Anlage keine landwirtschaftlich nutzbaren Flächen beansprucht.

Sie ist eine von drei Anlagen, die im Rahmen des Crowdinvestings »Energiepark im Barnim« Anfang des Jahres durch Bürgerbeteiligung finanziert werden konnten.

Mit einer PV-Fläche von insgesamt 6.800 m² ist sie ein bedeutendes Beispiel für die Nutzung von ehemals ungenutzten Flächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien. Sie besteht aus 2.630 PV-Modulen, die seit dem 17. Juli 2024 erfolgreich ins Netz einspeisen.

»Wir investieren in die Zukunft und setzen ein Zeichen für Nachhaltigkeit und Klima-

schutz. Mit dieser Anlage leisten wir einen Beitrag zur Energieversorgung unserer Gemeinde und verwenden gleichzeitig Flächen, die anders nicht besser genutzt werden könnten«, so der Fachbereichsleiter Bauverwaltung des Amtes Biesenthal-Barnim, Dirk Siebenmorgen.

Die ehrenamtliche Bürgermeisterin von Marienwerder ANNETT KLINGSPORN betonte die positive Auswirkung auf die regionale Entwicklung: »Die neue PV-Anlage ist nicht nur ein wichtiger Schritt in Richtung Energieunabhängigkeit, sondern auch ein Vorbild für andere Gemeinden.«

Die Eröffnung der PV-Freiflächenanlage ist ein weiterer Schritt in Richtung einer grünen und nachhaltigeren Zukunft für Ruhlsdorf und den gesamten Barnim.

Die SUN:BAR Photovoltaik Barnim GmbH ist ein auf Photovoltaik spezialisiertes Tochterunternehmen der Kreiswerke Barnim GmbH. Sie errichtet und betreibt sowohl Frei-



Foto: TORSTEN STAPEL

Eröffnung PV-Anlage Ruhlsdorf (v.l.n.r.: Christian Mehnert (Geschäftsführer Kreiswerke Barnim GmbH), Christopher Kühnel (Projektleiter PV Barnimer Energiebeteiligungsgesellschaft mbH), Annett Klingsporn (ehrenamtliche Bürgermeisterin der Gemeinde Marienwerder), Dirk Siebenmorgen (Fachbereichsleiter Bauverwaltung des Amtes Biesenthal-Barnim), Dirk Büttner (Ortsvorsteher Marienwerder)

flächen- als auch Dachflächen-Photovoltaikanlagen im Landkreis Barnim.

Ich bin ein pflichtgetriebener Mensch. Die Grundlage der Pflicht ist die Sorge, deren Kernaufgabe es ist, für Entscheidungen die Betrachtung der Zukunft ins Hier und Jetzt zu tragen. Heute findet unsere konstituierende Sitzung für die Institution der Stadtverordnetenversammlung statt. Jede Konstitution ist eine Geburt. Eine Konstitution innerhalb einer bestehenden Ordnung bestätigt diese Ordnung und ist eine Wiedergeburt der Institution. Eine Wiedergeburt auf einer langen Strecke der Zeit, innerhalb derer sich Ordnungen und Institutionen bestätigen. Dies geschieht durch die Träger, Menschen, welche die Institutionen mit Leben erfüllen, einem Leben, welches durch die Kultur der Träger ausgeprägt ist. Die konkrete Ausformung der Ordnung und Institutionen entstand als Ausdruck einer Kultur und ihr Weiterbestand erfordert die Bereitschaft der Träger, diese Kultur weiterhin einzubringen. Gleichzeitig formen die Ordnung und ihre Institutionen die Kultur der in ihnen lebenden Menschen, so daß sich ein Kreislauf ergibt, in welchem sowohl die Kultur, als auch die Ordnung und Institutionen sich gegenseitig bestärken.

Ordnungen und Institutionen können sterben, wenn die Menschen ihre Kultur wechseln oder nicht mehr die Energie aufwenden, ihre Kultur einzubringen.

Ernst-Wolfgang Böckenförde² erklärte in seiner heute als Böckenförde-Diktum berühmten Aussage sinngemäß, der freiheitliche, säkularisierte Staat, und ich ergänze, der demokratische Staat, lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Ohne die Kulturträger scheidet seine Ordnung.

Mit dieser Aussage wendete er sich in der Frühzeit der Bundesrepublik an die Katholiken, um sie davon zu überzeugen, sich als Träger der Ordnung und Institutionen des Staates zu beteiligen, damit der Kreislauf der gegenseitigen Bestätigung von Ordnung, Institutionen und Kultur den Staat, welchen die Väter des Grundgesetzes kurz zuvor erschaffen hat-

Das falsche und das fehlende Tun

Teil 1: Der gestörte Kreislauf von Kontinuität und Vertrauen

von Tilo Weingardt

Wie wir uns zur Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung verhalten, war für meine Fraktion und mich keine einfache Entscheidung, welche ich daher grundsätzlich und ausführlich begründen möchte.¹

ten, am Leben erhalten kann. Eine fehlende kulturelle Integration der Katholiken, damals noch eine Minderheit der Bevölkerung, wurde als Gefahr für die Grundordnung des Staates wahrgenommen, obwohl die kulturelle Distanz gering war. Heute sind die Katholiken integriert.

Böckenförde nannte diese unsere bundesrepublikanische Grundordnung daher explizit ein Wagnis. Ein Wagnis war und ist es bis heute, da für den Erhalt unserer Grundordnung mit dem Rechtsstaat, der Freiheit, darauf aufsetzend der Demokratie, nicht mehr eine Instanz über den Menschen, sondern die Gesamtheit der Menschen selbst als diese Instanz Sorge trägt.

Etwas zu besorgen, ist selbst eine kulturelle Eigenschaft, die Kulturen erhält, indem zum Ausdruck kommt und uns sprachlich damit so prägt, daß das zeitliche Vorausdenken der Sorge das aktuelle Handeln bestimmen solle. Der deutschen Kultur soll dies besonders eigen sein, worauf die Angelsachsen mit *German Angst* referenzieren. Zumindest bei historischer Betrachtung drängt sich der Schluß auf, daß in unserer Kultur Anpassungen erst durch größeren Leidensdruck erfolgen.

Auch die Bedeutung des Kreislaufgedankens wird hier gut in der sprachlichen Ordnung deutlich – durch die Vorausschau erlauben unsere Sprachregeln, in der Zukunft liegende Dinge durch die Verwendung der Gegenwartsform prägnanter zu machen. »*Es regnet morgen; morgen scheint die Sonne.*« Wer die deutsche Sprache spricht, wird so kulturell geprägt, vorausschauender zu handeln.

Dieser Kreislauf der Bestätigung bewahrt, wenn er vollkommen ist. Kontinuität schafft Vertrauen. Vertrauen schafft Kontinuität.

Damit der Kreislauf funktioniert, müssen seine Träger ihn mit Leben erfüllen. Dies geschieht mit dem Mittel der Macht.

Die zwei Komponenten der Macht sind ihre inhaltliche Ausrichtung und deren Stärke, also wofür und wieviel man sich engagiert. Die Macht auszuüben, braucht also Führung, sonst führt sie zu nichts, wie man sagt.

In Deutschland ist der Kreislauf nicht mehr intakt. Die Institutionen bestehen – noch – fort, aber das Vertrauen sinkt stetig. Die inhaltliche Komponente litt zuerst, bereits seit Jahrzehnten vertrauen die Bürger immer weniger, daß die Parteien ihre Interessen inhaltlich wahrnehmen.

Inzwischen fehlt es auch an der Stärke. Der Wille, unser Ordnungssystem mit Macht zu tragen und Leben zu erfüllen, verschwindet. Nicht nur das falsche Tun, sondern auch das fehlende Tun wird zum Problem.

Die Parteien kehren unserer Grundordnung damit den Rücken, sie desintegrieren sich kulturell und sind damit zunehmend nicht mehr die notwendigen Träger, welche für den Erhalt der Ordnung der Bundesrepublik eintreten.

1 – Rede auf der konstituierenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde am 4. Juli 2024. Teil 2 folgt in BBP 10/2024.

2 – Ernst-Wolfgang Böckenförde (1930-2019) war Staats- und Verwaltungsrechtler sowie Rechtsphilosoph. Von 1983 bis 1996 war er Richter des Bundesverfassungsgerichts. Böckenförde war Schüler und Freund Carl Schmitts. (Wikipedia)

Nach Informationen des Kiewer Finanzministeriums war nur ein Viertel der westlichen Finanzhilfe für die Ukraine im Jahr 2023 in Form kostenloser Zuschüsse. Gleichzeitig erreichte die Staatsverschuldung der Ukraine 80 Prozent ihres BIP. Diese Schulden will keiner der Sponsoren des Krieges gegen Rußland abschreiben, geschweige denn bezahlen. Die Ukraine, oder der Teil von ihr, der nach der zu erwartenden Kapitulation übrig bleibt, wird diese Schulden bezahlen müssen.

Bezeichnend ist die Zuteilung von Finanztranchen an Kiew durch den Internationalen Währungsfonds (IWF). Berichten zufolge sieht das Vierjahresprogramm des Fonds die Auszahlung von etwas mehr als 15 Milliarden

Die Schulden der Ukraine

Die Versprechen der Bundesregierung sind bekannt: »Wir werden die Ukraine unterstützen, solange das notwendig ist«. Auch von anderen Ländern der »westlichen Wertegemeinschaft« sind solche Sprüche zu hören. Allerdings sind der Großteil der Gelder, die dem Kiewer Regime zufließen, Kredite.

Zeitraum muß Kiew allein 12 Milliarden Dollar an Zinsen an den IWF zahlen – ohne Tilgungen. Ein Schuldenerlaß ist nicht vorgesehen. Die Rückzahlung der westlichen Kredite ist dem ukrainischen Staat nur möglich, wenn ihm neue Kredite zufließen, die dann unter neuen Bedingungen gewährt werden.

Berichtet wird, daß eine der Bedingungen für die Fortsetzung der Finanzhilfe die Ausweitung der Importe von Gift- und Atom- und

aus Frankreich, den USA, der BRD und Großbritannien in die Ukraine ist. Der Sondermüll würde dann in speziellen Deponien »vergraben« werden, deren Sicherheitsgarantien der Westen nicht übernimmt. Zu erwarten ist ein Ausverkauf an westliche »Investoren«. Schon jetzt gehört beispielsweise ein beträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Ukraine westlichen Unternehmen.

GERDA HENKEL

Narrative statt Geschichtsforschung

Eberswalde (bbp). 85 Jahre nach der Stadtchronik von Rudolf Schmidt liegt nun ein neues Geschichtswerk über Eberswalde vor. »Ein Gemeinschaftswerk von geschichtsinteressierten Autoren und Wissenschaftlern ..., das die Stadt Eberswalde in all ihren historischen Facetten lesbar und mit teilweise noch nie gesehnen Abbildungen einer breiteren Leserschaft darbringen will«.

Soweit die Ankündigung (BBP 8/2024). Einer unserer Leser hat das Buch erworben und schilderte seine ersten Eindrücke in einem privaten eMail-Forum (da es sich um ein privates Diskussionsforum handelt, sollen auch die Namen, die der BBP-Redaktion bekannt sind, privat bleiben):

Heute morgen nach dem sehr frühen Frühstück habe ich mir einen ersten Teil des Werkes reingezogen, und zwar zu Finow bzw. Heegermühle. Abgesehen davon, daß die Autorin mehrfach die Himmelsrichtungen durcheinandergebracht hat, war es durchaus interessant, besonders die frühe Zeit und die Industrialisierung bis 1920. Bis 1945 kann man es auch noch durchgehen lassen. Aber ab 1945 ist die verkürzte Darstellung nur noch geprägt vom herrschenden Narrativ der Schlechtmachung der DDR-Periode und nicht einmal das SVKE wird erwähnt. Also ein durchaus fundiertes, selbst zugegebenermaßen nur skizzenhaftes Werk, das in tendenziöser Verfälschung gipfelt, um die Leistungen des »Arbeiter- und Bauernstaates« nicht anerkennen zu müssen, der natürlich nur die Altbausubstanz verfallen ließ und ungeheure Umweltsünden beging. Deshalb ist das Neue Forum im November 1989 auf die Straße in Finow gegangen und leitete, glaubt man der Erzählung, die Wende in der Diktatur ein...

Auch die anderen Abschnitte zur jüngeren Geschichte von Eberswalde – es war zu befürchten – fallen ähnlich einseitig aus. Den DDR-Abschnitt der neuen Bibel kann man nur als »Auftragsbeschmutzung« ansehen.

Außer SMAD, NKWD, MfS und SED scheint es nichts Nennenswertes gegeben zu haben.

Kein Geld für Atomwaffen!

Die Atomwaffenstaaten haben allein im letzten Jahr 2.898 Dollar pro Sekunde für ihre Atomwaffen ausgegeben. Während die Welt mit dem Klimawandel und globaler Armut zu kämpfen hat, wurden in nur einem Jahr 91,4 Milliarden Dollar für Massenvernichtungswaffen verschwendet, die verboten sind und niemals wieder eingesetzt werden dürfen.

Eben ging eine globale Aktionswoche gegen die absurden Geldsummen, die für Atomwaffen ausgegeben werden, zu Ende. Uns ist dabei klar: »Kein Geld für Atomwaffen!«

Aber ja, die Streikenden am 17. Juni 53, die Gehlen-Spione – natürlich Widerstandskämpfer, die ausgebeuteten Vertragsarbeiter und an erster Stelle die Republikflüchtlinge natürlich. Das SVKE, nur ein einziges Gülleproblem. Andere wichtige Aspekte wurden nur in Fotos angedeutet. Da ist also noch viel zu tun an objektiver Geschichtsschreibung. Allerdings wird das kein Landrat finanzieren...

Ein weiterer Leser schrieb daraufhin in dem eMail-Forum: Deine Erzählung entspricht den Erwartungen. Ich bin in der »Bibel« erstmal nur bis zu den nichtssagenden Grußwörtern und dem Autorenverzeichnis gekommen. Mit dem Cottbuser Knasthistoriker, dem die Kapitel nach 1945 in die Hände gegeben wurden, war das Ergebnis, wie Du es schilderst, eigentlich klar. Alles andere hätte mich überrascht.

Von der Schreiberin des Finower Kapitels wäre ggf. von ihrer Biographie her mehr zu erwarten gewesen – aber die Narrative waren vom Finanzier gesetzt. Zur Finower Geschichte wäre vielleicht doch die Finower Chronik von Kurt Berus & Holger Kliche heranzuziehen. In der Vorstellungsveranstaltung zum Buch am 20. Juni wurde diese nicht erwähnt und so getan, als handele es sich um den allerersten Versuch einer Finow-Geschichte. Immerhin wird aber im Literaturverzeichnis auf die Berus/Kliche-Chronik verwiesen...

Lücken finden sich auch an anderen Stellen. So gehen beispielsweise die Darstellungen zu den revolutionären Ereignissen nach dem 1. Weltkrieg kaum über das hinaus, was Rudolf Schmidt unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur dazu schrieb. Interessant dürften vor allem die historisch länger zurückliegenden Abschnitte sein, insbesondere, wenn dort neuere Erkenntnisse beispielsweise aus den archäologischen Forschungen der vergangenen dreißig Jahre einfließen könnten...

In dem genannten eMail-Forum wird indes fleißig weiter diskutiert. Sofern es dort neue Bewertungen gibt, werden wir informieren.

Auch in der BRD explodieren die Kosten, denn für die hier stationierten US-Atombomben wird der Atomwaffenstandort Büchel für bis zu 1,2 Milliarden Euro ausgebaut. Schon Anfang des Jahres berichtete ICAN, daß mit einem Mehrbedarf von über 645 Million Euro zu rechnen ist. Mittlerweile sind weitere Kostenexplosionen absehbar. Und auch die Anschaffung der teuren F-35 Kampfflugzeuge für weitere schwindelerregende 10 Milliarden Euro birgt weiterhin finanzielle Risiken.

FLORIAN EBLENKAMP, ICAN Deutschland e.V.

Gemeinsam Lichterfelde e.V.: Spende für's Hospiz

Am 29. August übergaben der Vereinsvorsitzende ULF LUBKE und Kassenwartin SIMONE RATHKE eine Spende in Höhe von 150 Euro an das Hospiz am Drachenkopf Eberswalde. Die Mitarbeiterinnen dieser Einrichtung leisten eine hervorragende Arbeit, die Respekt und Wertschätzung verdient. Das seit nunmehr zwanzig Jahren bestehende Hospiz muß einen Teil seiner Mittel aus Spenden finanzieren.



FOTO: SIMONE RATHKE

Die Vereinsmitglieder engagieren sich gerne auch künftig für den Ort Lichterfelde, schauen aber auch über die Ortsgrenzen hinaus und denken an die Mitmenschen, die in ihrer letzten Lebensphase auf eine qualifizierte, individuelle und liebevolle Betreuung angewiesen sind, die ein Krankenhaus nur begrenzt leisten kann. Es war den Vereinsmitgliedern daher ein Bedürfnis, das Hospiz mit einer Spende zu unterstützen.

SIMONE RATHKE

Gastspiel der ubs in Joachimsthal: Das Huhn auf dem Rücken

Am Samstag, dem 21. September, gastieren die Uckermärkischen Bühnen Schwedt im Kulturhaus Heidekrug 2.0 in Joachimsthal mit der Komödie »Das Huhn auf dem Rücken« von Fred Apke. Beginn ist 19.30 Uhr. Die Karten kosten 20 Euro.

Aufgeregt bereitet der erfolglose Cellist Sebastian Borsch am Vorabend eines scheinbar vielversprechenden Gastspiels seine Abreise vor, als plötzlich seine ungeliebte Nachbarin Margret Kobald bei ihm auftaucht: Sie braucht seine Hilfe, denn ihr Mann liegt am Fuß der häuslichen Kellertreppe – tot. Doch wider jeder Erwartungen und anstatt die Polizei zu benachrichtigen, schmieden die beiden eine skurrile Allianz und könnten darüber fast vergessen, daß sie sich eigentlich nicht ausstehen können und – nebenan eine Leiche liegt...

RUTH BUTTERFIELD

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V. · Brunoldstraße 1 · 16247 Joachimsthal · www.heidekrug.org

Sie haben es getan

Sie haben es getan. Die beiden Kriegsschiffe der BRD-Marine, die Fregatte »Baden-Württemberg« und das Versorgungsschiff »Frankfurt am Main« durchfahren die Taiwanstraße, die von China als Binnengewässer betrachtet wird. Eine bewußte Provokation.

Taiwan war nach der Niederlage der Kuomintang (Nationale Volkspartei Chinas) im chinesischen Bürgerkrieg im Jahr 1949 deren Rückzugsgebiet, wo der Kuomintangführer CHIANG KAI-SHEK mit US-Unterstützung ein diktatorisches Regime errichtete. Die Volksrepublik China betrachtet Taiwan, das sich nach dem Tod von Chiang Kai-shek (1975) in den 1990er Jahren in eine bürgerlich-parlamentarische Demokratie wandelte, als Bestandteil Chinas, so wie Taiwan lange Zeit einen Alleinvertretungsanspruch für ganz China verfolgte. Seit die USA etwa seit 2010 ihre globale Strategie auf China als Hauptfeind fokussiert, sind die Annäherungen zwischen Taiwan und der Volksrepublik Schnee von gestern, auch wenn die Bevölkerung Taiwans mehrheitlich für partnerschaftliche Beziehungen mit der Volksrepublik China ist.

Abgesehen von der Frage, was deutsche Kriegsschiffe überhaupt im Pazifik zu suchen haben, zeigt sich auch hier, daß die Bundesregierung im Schlepptau der USA alles mitmacht, was den Frieden in der Welt gefährdet.

Wenn das deutsche Kriegsministerium behauptet, die Route durch die Taiwanstraße sei die »kürzeste und sicherste« zwischen Korea (BBP 8/2024) und den Philippinen, der nächsten Station der beiden deutschen Kriegsschiffe, dann reicht ein simpler Blick auf die Karte, um dies als Lüge zu erkennen. Danach ist die Route südöstlich von Taiwan sogar 150 bis 200 Kilometer kürzer.

Die Folgen für die deutsch-chinesischen Beziehungen waren bekannt. Die BRD-Regierung zeigt sich als braver Vasall der USA und will die Konfrontation. Diese Regierung wird zunehmend zum Sicherheitsrisiko für die BRD und die Menschen, die hier leben.

GERD MARKMANN

Kino im Heidekrug

Am Freitag, dem 27. September, läuft um 19.30 Uhr im Kino im Kulturhaus Heidekrug 2.0 der Spielfilm »Andrea läßt sich scheiden«, eine Tragikomödie von Josef Hader, die von unverwirklichten Träumen, verpaßtem Glück und schicksalhaften Begegnungen erzählt.

Der Plot: Andrea, eine Polizistin in der niederösterreichischen Provinz, möchte ihre unglückliche Ehe beenden. Nach einer Geburtstagsfeier läuft ihr der Noch-Ehemann betrunken vors Auto. Im Schock begeht Andrea Fahrerflucht. Dann erlebt sie mit Erstaunen, wie jemand anderer ihre Schuld bereitwillig auf sich nimmt.

RUTH BUTTERFIELD

Gedanken zum Tag der deutschen Einheit

Wenn das so weitergeht, wird die Mauer wahrscheinlich wieder gebaut werden, aber von den Westdeutschen diesmal, um den »AfD-Sumpf trockenulegen«. Das wäre dann ein weiterer Grund für die endgültige Abspaltung und die Hinwendung zum Osten, nämlich Rußland. Die Russophobie sitzt so tief im Westen. Die merken gar nicht, wie sie das Land ruinieren.

Kein Nord-Stream mehr? Ist natürlich der Russe schuld! Der Krieg? Haben die Russen angefangen, insbesondere der »Satan« Putin höchstpersönlich. Amerika – also die USA? Unsere Freunde! Und Kiew muß natürlich weiter bis zum Endsieg kämpfen ...

Die »Demokratie« im antiken Athen war seinerzeit aber nur etwas für die privilegierten, sogar nur männlichen freien Bürger der Stadt. Also eine Elitendemokratie, wie wir es jetzt hier bei uns haben. Meinung hat nur zu sein, was die »Tagesschau« verkündet. Alles andere sind Extremisten, wo polizeiliche Maßnahmen erfolgen müssen. Richtige Demokratie eben ...

Die Grünen haben Berlin verloren, sie werden auch in Brandenburg verlieren, von der SPD ganz zu schweigen. Ob die SPD dann in der Mark noch den Ministerpräsidenten stellen kann, wird fraglich sein. Vielleicht gibt es

dann eine Allparteien-Anti-AfD-Koalition unter Führung der CDU? Die kann es sich aber auch einfach machen und ein Zweierbündnis mit der AfD eingehen, Shitstorm hin oder her. Überschneidungen gibt es sowieso. Dann gibt es allerdings einen MP der AfD. Und in Sachsen sowieso. Dort werden sie bald bei 50 Prozent sein ...

Also wird um eine neue Mauer kein Weg herum führen. Dann bekommen die Ossis eben keine Bananen mehr und keine Westautos, kein Persil mehr und keine Sarotti-Schokolade. Berlin wird wieder eine geteilte Stadt, bloß die Besuchertribünen an der Mauer werden dann auf der Ostseite stehen und man wird mit Fingern auf die russophoben Wessis zeigen. Nord Stream wird wieder repariert werden und die Computer werden alle auf russisches Linux umgestellt, damit der Klassenfeind nicht weiter rumpionieren kann. LGBTQ-Propaganda wird verboten, junge Paare bekommen bevorzugt wieder Wohnungen inklusive Staatskredit. Die Mieten werden wieder bezahlbar und es wird genug Arbeit für alle geben. Das wird passieren, wenn man den Osten ausgrenzen will. Wollen es unsere westdeutschen Brüder und Schwestern wirklich darauf ankommen lassen?

JÜRGEN GRAMZOW - 3. Oktober 2023

Stilles Gedenken nach Brandkatastrophe

Eberswalde (prest-ew/bbp). Mehrere hundert Eberswalderinnen und Eberswalder versammelten sich am 16. September auf dem Marktplatz der Stadt, um gemeinsam der Opfer und Verletzten der Brandkatastrophe in der Friedrich-Ebert-Straße zu gedenken. Eingeladen hatte der Eberswalder Bürgermeister Götz Herrmann. Gemeinsam mit Landrat Daniel Kurth und Polizeihauptkommissar Torsten Kulig legte der Bürgermeister unweit des Unglücksortes Blumen nieder – eine Geste, der viele Bürgerinnen und Bürger folgten.

Als Zeichen der Solidarität und Anteilnahme gab die Veranstaltung den Teilnehmenden die Möglichkeit zum gemeinsamen Trauern und Innegedenken. Die nachdenklichen Flötenmelodien von Mirjam Heims umrahmten das Geschehen. Tief bewegt drückte Bürgermeister Götz Herrmann in seiner kurzen Ansprache seine Betroffenheit und sein Mitgefühl aus: »Ich freue mich (...), daß Sie trotz der Kurzfristigkeit meiner Einladung so zahlreich erschienen sind, um gemeinsam der Opfer und Verletzten des verheerenden Brandes zu gedenken. Mein besonderer Dank gilt den vielen Einsatzkräften für ihren hervorragenden und schnellen Einsatz. Ihre Professionalität hat womöglich weitere Todesopfer verhindert.«

Auch die BBP-Redaktion erreichten einige Wortmeldungen. Diese zweifeln nicht zuletzt

die Professionalität insbesondere der Führungsebenen an. Gefragt wird u.a., wieso zwischen der Meldung des Brandes und dem Eintreffen der ersten Einsatzkräfte soviel Zeit vergehen konnte, daß das Haus schon vollständig brannte. Andere vermuten hingegen angesichts der vorliegenden Fotos eher Brandstiftung als Ursache für die Katastrophe.



Foto: JÜRGEN GRAMZOW

Gegensätzliche Wahrnehmungen

Bürgerrechte schützen ist wichtig. Im politischen Alltag werden naturgemäß Interessen von Einwohnern hier und da übergangen oder überhört. So manches Problem wird deshalb je nach Region von unterschiedlichen politischen alternativen Akteuren unterstützt oder befördert. Im Barnim haben sich dabei die BVB/Freie Wähler, so kann man sagen, durchaus verdient gemacht.

Diese Wählergruppierung tritt aber organisationsbedingt in mehreren Landesparlamenten und auch bundesweit auf. Das ist in gewisser Weise sinnvoll, um etwa an zentraler Stelle Bürgerrechte zu vertreten. Jedoch – man kann es ahnen – wenn es ja vorzugsweise um Baustellen der gegenseitigen Rücksichtnahme geht, um Rechte von Bürgern, die regional beschnitten oder außer Acht gelassen werden, ersetzt ein Protestkonzept, wie es BVB/Freie Wähler anbieten, keinesfalls komplette Lösungen für Gesellschaftsentwürfe, die etwa bundesweit Hand und Fuß hätten. Ein dringend vorgeführtes Beispiel, wie gegenteilig nützlich derselbe Verein beispielsweise in Bayern agiert, wo ein gewisser Herr Aiwanger als Söderfreund Wirtschaftsminister ist, möchte ich aus dringendem Anlaß hier vortragen:

Gasbohrung am Ammersee stoppen!

Der Ammersee ist nicht nur ein beliebtes Ausflugsziel für Menschen aus den Großräumen München, Augsburg und Landsberg, er ist auch ein Naturjuwel und Heimat zahlreicher seltener Arten. Doch nun ist die Idylle um den See bedroht: Westlich des Ammersees will der kanadische Konzern Genexco nach Erdgas bohren. Dazu soll in diesen Tagen damit begonnen werden, einen 40 Meter hohen Bohrturm nahe der Gemeinde Reichling zu errichten. Fallen die Ergebnisse der Probebohrung positiv aus, sollen weitere Bohrungen in der Region folgen. Bis zu 500 Millionen Kubikmeter Gas will der Konzern so in den nächsten 10-15 Jahren ausbeuten. Für einen Konzern, der nicht einen einzigen müden Taler an die Landeskasse abführt.

Viele Menschen in Reichling machen sich vor allem Sorgen um den Erhalt ihrer Heimat, denn die Probebohrung soll in unmittelbarer Nähe der Trinkwasserquelle des Orts, eines Naturschutzgebietes und von Wohnsiedlungen erfolgen. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist trotzdem nicht vorgesehen. Deshalb hat sich vor Ort eine Bürgerinitiative gegründet, auch Bürgermeister und Gemeinderat stellen sich ge-

schlossen gegen das Projekt. Unterstützung bekommen sie von Greenpeace, dem BUND Naturschutz und Fridays for Future. Auch Landrat Thomas Eichinger von der CSU will sich beim bayerischen Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger (Freie Wähler) für den Stopp der Gasbohrung einsetzen.

Doch bisher stellt sich Aiwanger stur. Der Bundesvorsitzende der Freien Wähler sieht in fossilem Gas auch im Jahr 2024 noch eine wichtige »Brückentechnologie«. Dabei ist längst bekannt, daß das klimafreundliche Image von Erdgas falsch ist, denn bei der Förderung, dem Transport und der Lagerung kommt es zu Methan-Leckagen, die das Klima zusätzlich aufheizen. Bis 2040 will Bayern klimaneutral werden. Wie soll das klappen, wenn 2024 noch neue Gasfelder erschlossen werden?

Doch Aiwanger will nicht nur an der Gasbohrung am Ammersee festhalten, sondern träumt auch von Gasbohrungen an anderen Stellen im Freistaat, wie zum Beispiel bei Holzkirchen südlich von München. Um die Gaskonzerte anzulocken, verzichtet der Freistaat in Aiwangers Namen sogar freiwillig auf die übliche Förderabgabe nach dem Bergbaugesetz. Von der Ausnutzung des Gasfeldes profitiert somit allein Genexco – die Bürgerinnen und Bürger gehen leer aus.

Der hier im Barnim vor Ort aktive Abgeordnete Vida hingegen würde, so vermute ich, solcherart Bohrwut nicht durchgehen lassen.

Das ist gut so. Aber so völlig gegensätzlich kann die Wahrnehmung von Bürgerinteressen regional gegenüber den rein brandenburgischen BVB/Freie Wähler aussehen. Das sollten Sie, denke ich, auch für den Wahltag am 22. September mitnehmen und genau nachsehen, welcher Kandidat und welche Liste tatsächlich Ihr Vertrauen verdient. Bitte beteiligen Sie sich jetzt an der Eilaktion, um den ökologischen Irrsinn am Ammersee noch zu verhindern: <https://ogy.de/grbn> (Kurzlink).

THOMAS TOBLER

»Verbunden – Eberswalde in Europa«

Zehn europäische Geschichten aus Eberswalde und Umgebung

Eberswalde (prest-ew). Die aktuelle Ausstellung im Museum Eberswalde (Steinstr. 1) beleuchtet die facettenreiche Geschichte Eberswaldes und seine Verbindungen zu europäischen Entwicklungen.

Im Mittelpunkt stehen Persönlichkeiten, Ideen, Ereignisse und Produkte, die deutlich machen, wie Eberswalde mit Europa verflochten

ist. Exemplarisch werden zehn weniger bekannte historische Beispiele gezeigt, wie Eberswalder Persönlichkeiten, Ideen und Erfindungen Europa oder auf dem umgekehrten Wege beeinflusst haben. Das Museum Eberswalde in der Adler-Apotheke ist von Dienstag bis Sonntag von 10 bis 13 Uhr und 14 bis 17 Uhr geöffnet.

Galerie Fenster

Das Buchlädchen

• **Ingar Krauss: 39 Bilder** (45 Euro) / Hartmann Books, 22,6 x 28,6 cm, 96 Seiten, 39 Abb., Hrsg. von Suzy Shammah, Essay von Ulf Erdmann Ziegler, Deutsch/Englisch, Leinen mit Prägung und rückseitig eingeklebtem Bild. Erste Ausgabe 2016.

• **Ingar Krauss: Hütten Hecken Haufen** (38 Euro) / Hartmann Books, 24 x 26 cm, 88 Seiten mit 54 Triplex Abbildungen, Hrsg. von Annette Tietz, Texte von Christiane Stahl und Kenneth Anders, Deutsch/Englisch, Hardcover Schriftprägung. Erste Ausgabe 2019, 800 Exemplare.

• **Ingar Krauss: Zuckerrüben** (45 Euro) / Hartmann Books, Box: 22,5 x 29 x 3,5 cm, 36 Karten mit Tritone-Abbildungen auf Chromokarton in geprägter Portfolioschachtel mit Faltpaket 64,5 x 90 cm und Textbeileger, Text von Eugen Blume, Deutsch/Englisch. Erste Auflage 2023, 400 Exemplare. Deutscher Fotobuchpreis 2023, Bronzemedaille.

• **Die Heimkehr des Paul Wunderlich** (Wir haben zwei gebrauchte, aber sehr gut erhaltene Exemplare des vergriffenen Buches zum Preis von jeweils 30 Euro im Angebot) / Hrsg. vom Freundeskreis Paul-Wunderlich-Stiftung e.V., 2007, 1.000 Exemplare.

• **Jochen Raib: Mehr Frauen auf Bäumen** (Wir haben zwei neuwertige Exemplare des vergriffenen Buches zum Preis von jeweils 15 Euro im Angebot) / Verlag Hatje Cantz, 2017, 112 Seiten gebunden, 176 mm x 128 mm.

• **Jochen Raib: Eisbären** (Wir haben zwei neuwertige Exemplare des vergriffenen Buches zum Preis von jeweils 16 Euro im Angebot) / Verlag Hatje Cantz, 2019, 112 Seiten gebunden, 175 mm x 127 mm.

• **Burghard Ciesla und Hans-Friedrich Joachim: Akademischer Kahlschlag** - Die Geschichte der Forstwissenschaftlichen Fakultät in Eberswalde von 1945 bis zur erzwungenen Schließung 1963 (28 Euro) / Herausgegeben und bearbeitet von Ulrich Schulz, BeBra Wissenschaft Verlag 2022.

• **Hans Jörg Rafalski: Niederfinow.** Weißbuch über den amerikanischen Luftangriff auf Niederfinow und die letzten Kriegswochen im Finowtal (34 Euro) / Papierwerken, 56 Seiten mit 10 Farbfotos und 11 Frontkarten, Softcover unter Kombination von vier verschiedenen Papiersorten. Umschlag im Siebdruck, Erste Ausgabe 2023, 333 Exemplare.

• **Ute Peters-Pásztor & Hans Jörg Rafalski: Gezeichnet, Gustav und Franz Pflugradt** (29 Euro) / Papierwerken, 176 Seiten mit 161 farbigen Abbildungen und 1 Übersichtskarte, Fester Einband, Halbleinen. Erste Ausgabe 2023, 555 Exemplare.

Galerie Fenster, Prignitzer Straße 50, Eberswalde
www.mescal.de

www.maxe-eberswalde.de

Aufruf für den Frieden

Bundesweite Demo am 3. Oktober in Berlin

Anfang der 1980er Jahre fanden in der Bundesrepublik Großdemonstrationen gegen die Stationierung von Pershing-Raketen statt. Sie waren ein Ausdruck für die Stärke der Friedensbewegung in der deutschen Zivilgesellschaft. In der damaligen DDR forderten ebenfalls viele Demonstranten, »Schwerter zu Pflugscharen« zu machen. An diesen breiten Friedenswillen knüpfen wir an. Wir fordern ein Ende des Krieges.

Nein zu Deutschland als Kriegspartei – Nein zu neuen Mittelstreckenraketen!

Was unser Land braucht, ist eine starke Friedensbewegung, die sich der zunehmenden Militarisierung in der Politik und den öffentlichen Debatten entschieden widersetzt...

In der Ukraine ist die Eskalationsdynamik des Krieges ungebrochen und verschärft sich weiter... Vor einem Jahr haben wir mit dem Aufruf »Frieden schaffen jetzt!«, dem sich auch viele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen angeschlossen haben, den Bundeskanzler aufgefordert, schnell auf einen Waffenstillstand zu drängen und Friedensverhandlungen zu vermitteln. Doch das Töten, die schweren Verletzungen, die Zerstörungen, das Leid und Elend der Menschen gehen weiter. Die Gefahr eines großen Krieges in Europa droht wieder zu einer denkbaren Zukunft zu werden... Wir verurteilen die unsägliche Kriegsrhetorik von

Politikern der Regierungs- wie der Oppositionsparteien sowie großer Teile der Medien... In Deutschland sollen wieder Waffensysteme stationiert werden, die mit sehr kurzen Vorwarnzeiten konventionelle Sprengköpfe und sogar Atomwaffen nach Rußland tragen können. Wir sagen Nein zu landgestützten Raketen-Systemen, die im INF-Vertrag verboten wurden. Wir sagen Nein zu einem neuen Kalten Krieg, aus dem ein Heißer Krieg werden kann. Grenzenlose Aufrüstung ist nicht die »ultima ratio«, sie ist die »ultima irratio«.

Die Konflikte und Spannungen der Welt werden größer, wenn der Krieg nicht beendet wird und Rußland auf dem Rücken der Ukraine niedergerüstet werden soll. Und im Hintergrund spitzt sich die Rivalität der USA mit der neuen Supermacht China weiter zu.

Die NATO-Staaten werden in der Ukraine faktisch zu Kriegsparteien, wenn sie nicht Aufrüstung und Waffenlieferungen stoppen... Deutschland droht in den Krieg abzurutschen... Frieden braucht eine ... gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur... Wir sagen Nein zu Aufrüstung und Krieg! Wir brauchen eine Politik des Friedens und der Vernunft.

Wir rufen auf, sich am **3. Oktober 2024**, an der **bundesweiten Demonstration in Berlin** zu beteiligen und dafür zu werben.

Mehr Informationen unter Friedenschaeffen.net

Der Betrieb

Wenn früh am Morgen Nebelschwaden wabern langsam übers Ufer, kommen Züge, vollbeladen - es grüßt sie schrill der Bahnsteigrüßer.

Der graue Masse Menschenstrom ergießt sich hin zum Backsteinbau; die täglich Arbeit wartet schon, stets überwacht durch EDV.

Die Spindel surrt, die Tippse tippt; die Chefs, die planen Monatsziele - Controller werden fast verrückt in ihrer großen Zahnenmühle.

So vergehen Jahr' um Jahr' im Firmen-Gänge-Labyrinth und mittags speist die Menschenschar den Milchreis, Zucker und den Zimt.

Der Mensch, der denkt: Das währt so ewig - Meine Arbeit! Mein Gehalt! Doch die Geschichte kümmert's wenig, wenn der Ruf der Zeit erschallt.

Der Markt ist ständig in Bewegung - der Sparte drohen schwere Stürme und Kunden zeigen wenig Regung für firmeneig'ne Schuldentürme.

Der Gewerkschaft, der wird bang und bänger - die Ratten suchen sich'res Land - der Entlass'nen Zahl wird lang und länger: Sie reih'n sich ein beim Arbeitsamt.

Was bleibt an Wert vom Großkonzern? Das ist das Haus, der Bodengrund, und "Investoren" kaufen gern so billig ein für ihren Schlund.

Einsam steht er nun am Ufer, »Frühschicht« - das ist lange her, - entlassen auch der Bahnsteigrüßer - Industrie-Palast! Du bist nicht mehr!

BODO BODENSTEIN

Nein zur Wehrpflicht! Nein zum Krieg! impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 11. September 2024

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro. Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4. Oktober 2024.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 Euro)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 Euro)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit monatlich. Doppelausgaben für zwei Monate sind möglich. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Beim **Vertrieb über einen Zustelldienst** wird eine **Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr** erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle per Lastschrift per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Die »Barnimer Bürgerpost« soll als **Geschenkabo** an folgende Adresse geliefert werden:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeiten per Telefon und eMail siehe Impressum)